

# Der Tabak-~~Arbeiter~~ Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 45

Sonntag, den 10. November

1912

## Der internationale Sozialismus gegen den Krieg.

Das Internationale Sozialistische Bureau erläßt folgendes Manifest:

Das Internationale Sozialistische Bureau spricht seinen tiefsten Abscheu aus vor dem Massenmord, der sich zurzeit auf dem Balkan vollzieht, und sendet den Sozialisten der Balkanländer die warmste Anerkennung für den Heldennut und die Prinzipientreue, die ihnen die Kraft verleiht, unter den schwierigsten Verhältnissen gegen den Krieg zu protestieren. Wir erklären, daß hinter den berechtigten Bedürfnissen der Völker des Balkans nach nationaler Einigung und Selbstbestimmung und nach Beendigung des bisherigen Zustandes, der sie zu Vasallen Russlands und Oesterreichs degradiert, sich die Interessen der Dynastien und die Begehrlichkeit der Kapitalisten verbergen. Es sind nicht die Interessen der arbeitenden Klassen, sondern der Kapitalisten und Fürsten des Balkans, die dahin drängen, politische Veränderungen auf dem Wege des Krieges herbeizuführen. Die Interessen der arbeitenden Klassen, die auch die Selbstbestimmung der Nation in sich schließen, erheben sich nicht den Krieg, sondern die fortschreitende Demokratisierung und Revolutionierung der Staaten des Balkans — eingeschlossen die Türkei. Nur auf diesem Wege war ohne Völkerverheerung, ökonomischen Ruin und Blutvergießen jenseit an Völkeremanzipation auf dem Balkan zu erreichen, als unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Die kapitalistischen und monarchischen Interessen waren unvereinbar mit dieser Methode der Befreiung der Balkanvölker. Schon dies machte den Krieg unvermeidlich, für dessen Greuel jene herrschenden Klassen verantwortlich sind. Außerdem trägt daran eine schwere Schuld der russische Absolutismus, der seit jeher sich der nationalen Aspirationen der Balkanvölker bediente, um aus ihrem Blute, wie im eigenen Lande aus dem seiner Völker, Kräfte zu ziehen.

Endlich klagen wir an als Schuldige die kapitalistischen Mächte Europas überhaupt, die durch ihre Habgier und Brutalität Gewalttaten und Treulosigkeiten in Marokko, Bosnien und Herzegowina, Tripolis und Persien, durch ihre perfide Lähmung jeder Bestrebung zur Wiedergeburt der Türkei, sowie durch das Wechselspiel zwischen den Intrigen des Zarisismus und den Gelüsten der österreichischen Monarchie ihrerseits die Entstehung des Krieges gefährdet haben.

Dieser Konflikt kann jeden Augenblick die Schrecken eines Weltkrieges gebären.

Die Pflichten aller Proletarier, aller Parteien der Internationale, sind in dieser Stunde größer wie je. Im düstern Feuerschein der Ereignisse müssen auch dem Rückständigsten die tiefen Ursachen dieses Regimes der Unsicherheit, der Brutalität und des Raubes, das die Welt zerfleischt, klar werden, und muß die Pflicht des Proletariats erhellen, alle Kraft daran zu setzen, die Verwirklichung des Sozialismus zu beschleunigen, der allein die Beziehungen der Nationen zueinander auf die dauernde Grundlage der Ehrlichkeit stellen wird, während diese Beziehungen heute preisgegeben sind, der kapitalistischen Anarchie, der Habgier der hohen Finanz, dem chauvinistischen Wahnsinn, dem Känstelspiel der Diplomatie und den Gewalttätigkeiten der Reaktion.

Es ist dringend notwendig, daß die Massenbewussten Proletarier sich jedem Versuch, den Krieg auszudehnen, und jeder internationalen und selbsttätigen Intervention, die ihn auszudehnen würde, mit aller Kraft widersetzen, und daß das Proletariat der kriegserzeugenden Politik mit der ganzen Kraft seiner Organisation und mit mächtigen Machteinwirkungen entgegentritt. Das sozialistische Proletariat muß mit größtem Nachdruck seine Stimme erheben und durch sein Verhalten bezeugen, daß es sich nicht in die Politik der rohen und blutigen Konflikte hineinbegeben läßt.

Um diesem Protest und diesem Vorgehen gegen den Krieg die höchste Einheitslichkeit und Wirksamkeit zu sichern, hat das Internationale Sozialistische Bureau die Einberufung eines

**Außerordentlichen Internationalen Kongresses** beschlossen.

Die beste Vorbereitung des Kongresses wird in einer systematischen und in enger Agitation aller sozialistischen und proletarischen Organisationen gegen alle jene Elemente bestehen, die an dem Verbrechen des Konfliktes Schuld tragen.

Die nächste Zukunft wird wahrscheinlich an die sozialistischen und proletarischen Parteien die größten Anforderungen stellen. Wir zweifeln nicht, daß sie sich auch dem

Schwersten gewachsen zeigen werden, mit dem Mute, dessen glänzendes Vorbild uns bereits die Genossen im Brennpunkte des Konfliktes gegeben haben.

Mögen die Regierungen eingedenk sein der Gefahren, die das Spielen mit dem Feuer mit sich bringt, und daß dies Feuer imstande ist, die ganze kapitalistische Welt in Brand zu setzen.

**Krieg dem Kriege!  
Hoch die Internationale!**

## Reichspetroleummonopol?

Sonderbar, höchst sonderbar, wie „Vater Staat“ für die armen Leute sorgt! Gedenke da die Arbeiter abends um Petroleumlampen herum, wenn sie — sozialdemokratische Zeitungen lesen, während ihre Frauen bei Petroleumlicht Familienarbeit verrichten; andere wieder — die Hausarbeiter — müssen bei der Petroleumlampe bis tief in die Nacht hinein schuften, um nur das Nötigste zur Ernährung der Familie zu erringen, und auch die arme Näherin benötigt Petroleum zum Schmieren der Nähmaschine. Allen denen will der Staat das Dasein erleichtern durch — Schaffung eines Petroleummonopols. Der Großhandel mit Brennstoff soll monopolisiert werden.

Wie — das Reich will Oelverkäufer werden? Ach nein! Die Regierung beabsichtigt nur die Gründung einer Aktiengesellschaft, die allein den Großhandel mit Brennstoff betreiben darf. Und das sollte wirklich zu billigeren Oelpreisen führen, die den Arbeitern das Lampenlicht verbilligen würden? Eine solche Fürsorge der Regierung für die Arbeiter wäre rührend! Aber so ist die Sache nicht gedacht. Die Regierung gedenkt nämlich selbst Kapital aus dem Monopol zu schlagen. Sonst würde sie sicher keinen Finger zu seiner Einführung krümmen. Monopol — ja! Aber nur, wenns was einbringt. Deshalb ist sie so sehr verhasst auf das Tabakmonopol, nicht etwa, um den Arbeitern ihre Zigarren, ihren „Priem“ oder ihre Pfeife Tabak zu verbilligen, bewahre! — sondern um durch Erhöhung der Preise eine äußerst gewinnbringende Staatsfabrikation zu schaffen.

Im Gegensatz zu solcher Gewinnmacherei und schärferen Ausbeutung der Konsumenten sollte die Regierung den Konsumenten billiges Oel verschaffen wollen? Das glaube, wer will! Außerdem ist sie dazu gar nicht in der Lage. Wie nämlich in der „Neuen Zeit“ ganz treffend ausgeführt wird, bezieht Deutschland 80 Prozent allen Petroleums aus Amerika. Und der kapitalistische Trust, in dessen Händen sich die wichtigsten Petroleumquellen befinden, war schon im Jahre 1904 mit 87 Prozent an dem Export von Leuchtöl beteiligt. Gegen ihn können die übrigen Oelproduzenten so gut wie nichts ausrichten. Auch die Reichsregierung nicht.

Was soll also mit dem Monopol bezweckt werden?

Da vertrustete Kapitalisten nicht etwa aus purer Humanität einen Teil ihres Profits abgeben werden, und die Regierung auch noch Gewinn aus dem Monopol schlagen will, sieht die Anpreisung des Monopols unter der Angabe, die Konsumenten vor hohen Oelpreisen zu schützen, wie ein turmhohes Schwindel aus. Dieser Schwindel wird von dem Kanzerblatt, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, den Arbeitern mit einem weiteren Schwindel appliziert, nach welchem der Gewinn des Reiches aus dem Monopol für sozialpolitische Zwecke verwendet werden soll.

Die Sache ist zu plump aufgelegt, als daß sich die Massenbewussten, politisch aufgeweckten Arbeiter hineinlegen ließen. Zwar wird, um ihnen einen Einblick zu erschweren, von den offiziellen Federhelden die Sache als eine äußerst komplizierte dargestellt, aber dieses Variieren wird niemals die Tatsache vertuschen können, daß ausländische Kapitalisten durch deutschen Staatszwang sich nicht zu einer Verringerung ihres Profits anhalten lassen. Es hieße die Praktiken des Kapitalismus auf den Kopf stellen, wollte jemand behaupten, daß dies doch eintreten werde. Amerikanische Milliardäre und Trustleute sind keine sentimentalischen Volkseure, sondern Blutsauger, veritable Blutsauger, die sich den Teufel um das Volkswohlergehen, um Staatszwecke, nationale Rücksichten oder sonst etwas kümmern, vielmehr von allen Rücksichten losgelöste Profitmacher treiben.

Es muß in aller Ruhe erst abgewartet werden, welchen Monopolplan die Regierung dem Reichstage vorlegen wird. Die Angaben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, wonach durch das Monopol die Gefahr einer Verringerung des deutschen Petroleummarktes durch den amerikanischen Trust (die Standard Oil Company) abgewendet und der bedrohte Kleinhandel lebenskräftig erhalten werden soll, sind so vager, ja utopischer Natur, daß daraus der Monopolgedanke sich nicht stützen kann. Auch in

Rußland und Galizien, wo große Naphtaquellen vorhanden sind, sind die Produzenten kartelliert zum Zwecke hoher Preise, resp. hohen Profits. In Deutschland werden rund 150 000 Tonnen Erdöl produziert, während der Verbrauch eine Million Tonnen beträgt; es ist also auf die Einfuhr von ausländischem, hauptsächlich amerikanischem Petroleum angewiesen. Diesen Vorteil lassen sich die amerikanischen Trusträuber nicht entgehen.

Und wer wird denn die Aktiengesellschaft zum Großvertrieb des Leuchtöls bilden, die unter ständiger Aufsicht des Reiches das Volk mit billigem Oel beglücken soll? Die „Neue Zeit“ hat folgende Erklärung dafür:

„Die Deutsche Bank (welcher die Deutsche Petroleumverkaufsgesellschaft untersteht), unterstützt durch Nobel und Rothchild, fühlt sich im Kampfe gegen den Trust nicht sicher, sie läßt ihn durch die Regierung ausüben oder genauer, will, daß die Regierung ihr nicht nur ihre Anlagen abnimmt, sondern selbst einen Absatzmarkt sichere. Sie ist dabei gutherzig genug, sich mit der landesüblichen Verzinsung zu begnügen. Zieht man in Betracht, daß die früheren Verluste der Deutschen Petroleumverkaufsgesellschaft in die Millionen gingen, so scheint eine „normale“ Verzinsung, auf die sie jetzt unter allen Umständen rechnen darf, keine Kleinigkeit zu sein. Es ist deshalb nichts als Sand in die Augen, wenn die „Norddeutsche“ versichert, daß die Vertriebsgesellschaft nach einer Verbilligung des Leuchtöls streben werde. Eine Verbilligung des Leuchtöls wird auf keinen Fall eintreten. Schon deshalb nicht, weil nicht die Vertriebsgesellschaft, sondern die Produzenten den Petroleumpreis bestimmen.“

Und da die letzteren, voran der Trust, rücksichtslos die Preise in die Höhe treiben, bleibt das Monopol eine Farce, soweit es die Verbilligung der Preise bringen soll. Vielmehr erscheint es selbst noch als preistreibender Faktor, wenn das Reich vom Profit der Aktien-Vertriebsgesellschaft auch noch einen erklecklichen Anteil haben will.

Man kann uns also vormachen, was man will: Wie bei allen Monopolen würde auch bei diesem die Erhöhung des Petroleumpreises, also eine schärfere Ausbeutung der Konsumenten die Folge sein. Es wäre auch ein Wunder, wenn die deutsche Regierung den deutschen Arbeitern nach des Tages Arbeit das Lesen sozialdemokratischer Zeitungen verbilligen wollte! Sie sollen nach dem Abendessen entweder noch arbeiten oder zu Bett gehen, statt ihren Geist mit dem Ballast der Aufklärung zu belasten. Dann werden sie sich auch nicht als Ausbeutungsobjekte fühlen und sich geduldig noch weiter ausbeuten lassen! Und Monopole sind nur Ausbeutungsinstitutionen.

## Gegen den Schnaps!

Arbeiter, denkst du an den Schnapsboykott? Der Parteitag 1909 in Leipzig beschloß den Boykott aus kulturellem und politischem Interesse. Der Schnapsverbrauch sank, die Branntweinliebesgabe ging zurück — der Bundesrat, dem durch das neue Gesetz dazu die Macht gegeben war, setzte das Kontingent auf 1,8 Millionen Hektoliter herab, die Schnapsliebesgabe war, wenn auch geschwächt, so doch von neuem gesichert! Die Arbeiterschaft, jeder denkende Proletarier kämpfte nach wie vor gegen den Schnaps, das politische Mittel der staatsverhaltenden Dummheit. Die Spirituszentrale arbeitet planmäßig auf Schnapswucherpreise hin, um die Oelverluste wieder einzubringen. Es gelang ihr. Deswegen willigten die Junker in die „Aufhebung“ der Liebesgabe. Sie ist für sie bedeutungslos geworden, nachdem es der Spirituszentrale gelungen ist, den Branntweinpreis um rund 50 Prozent zu steigern!

Die Junker sichern sich noch besser! Zwischen der Spirituszentrale und dem Verband Deutscher Schwindestillateure, der Organisation der Destillateure, ist es zu einer Konvention gekommen. Durch Prämien, die von der Spirituszentrale an die Destillateure gezahlt werden, ist es dieser gelungen, jedem Schnaps einen Mindestalkoholgehalt zu sichern, die natürliche Folge des immer stärker werdenden Steuerlagers auf Schnaps die Verdünnung, der immer niedriger werdende Alkoholgehalt ist damit wieder inhibiert; die Junker verstehen ihr Schnapsgeschäft!

Tauschen wir uns nicht: trotz hoher Staatssteuer, trotz Schnapsboykott der Arbeiter, trotz gesetzlicher Beseitigung der alten Liebesgabe ist den Junkern ihr Gewinn geblieben! Warum? Die Junker wälzen die Staatssteuer auf die Fuseltrinker ab! Die Junker steigerten fortgesetzt die Preise! Die Junker einigten sich jetzt mit den Destillateuren! Der Prolet, der Schnaps trinkt, soll auf jeden Fall dem Junker hohen Tribut zahlen, er muß riesenhafte indirekte Staatssteuern tragen, trotz der Schädigungen, die beim Fuselgenuß mit seiner Gesundheit im Kampfe liegen.

Gegenüber solchen Tatsachen gibt es nur einen Weg: Arbeiter, denkt an die neuerliche Aufforderung des Chemnitzer Parteitag: Meidet den Schnaps! Unser Boykott hatte schon Erfolg, die Zahlen beweisen es. In den ersten 11 Monaten der 4 letzten Produktionsjahre betrug Branntweinproduktion und -verbrauch das folgende:

	1911/12	1910/11	1909/10	1908/09
Erzeugung in hl	3 291 926	3 416 820	3 585 640	4 173 338
Verbrauch in hl	1 777 699	1 801 013	1 843 213	2 320 944
Verbr. in hl	1 466 698	1 270 698	1 735 823	1 410 654

Die Erzeugung geht dauernd zurück, aber noch laug nicht in dem Maße, wie sie zurückgehen muß, um den Junkern an ihr Herz — ihren Geldbeutel — entscheidend zu treffen. Dazu ist der Trinkverbrauch bis jetzt viel zu langsam zurückgegangen, geht es so weiter, dann besteht die Gefahr, daß die Agrarier — durch Gesetzgebung, Spirituszentrale, Einigung mit den Destillateuren, hohe Spiritpreise gedeckt — über den Schnapsboykott lachen.

Darum, ihr Arbeiter, denkt daran, es geht um den Sieg über die junkerliche Reaktion. Trefft sie am Geldbeutel, schikt eure Gesundheit, zeigt der Regierung, daß indirekte Volksbesteuerung da ein Ende hat, wo das Volk aufwacht. Arbeiter, meidet den Schnaps!

## Rundschau.

**Gewerkschaften unterm Vereinsgesetz.** Eine große erhebliche Aktion gegen verschiedene Saganer Gewerkschaften wegen Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis ist nunmehr im ersten Akt zugunsten der Arbeiter entschieden worden. Die beiden Polizeibeamten, die in der Sache vernommen wurden, sagten aus, über die Organisation der Verbände in Sagan wußten sie nichts, die Polizei habe sie als politische Vereine nicht angesehen. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß in den Gewerkschaften Politik betrieben werde, da politische Organisationen vorhanden seien, in denen es den Gewerkschaften frei stehe, Politik zu treiben. Diesen ganz vernünftigen Deduktionen setzte der Amtsanwalt entgegen, die Politik der Gewerkschaften bestehe darin, daß sie einen Druck auf die Unternehmer ausübten. Außerdem hätte die Polizei zu bestimmen, ob die Gewerkschaften politische Vereine seien oder nicht. Dieser „Bestimmung“ müßten die Vorstände nachkommen und deshalb die Statuten und das Mitgliederverzeichnis der Polizei ausliefern.

An dieser staatsanwaltschaftlichen Anschauung dürfte manches auszuweichen sein. Möglich, sogar wahrscheinlich ist es, daß es beim Entscheid erster Instanz nicht bleiben wird. Der Amtsanwalt hat erklärt, er werde die Sache dem Staatsanwalt unterbreiten, ob nicht Berufung eingelegt werden solle. Und hierzu dürfte es voraussichtlich kommen, da hinter der großen Aktion anscheinend geheime und einflußreiche Kräfte wirken.

**Das Unternehmertum gegen die Arbeitslosenfürsorge.** Das Gesamtkollegium der württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel, eine in der überwiegenden Mehrheit aus Vertretern der Handels- und Handwerkskammern bestehende beratende und begutachtende Körperschaft, hatte sich mit der Frage zu befassen, ob in das nächste Staatsbudget Mittel eingestellt werden sollten zur Förderung der Arbeitslosenversicherung. Da die Unternehmervertreter in jeder staatlichen Zuwendung für diesen Zweck eine Förderung der sozialdemokratischen Partei und eine Entlastung der gewerkschaftlichen Zentralverbände erblickten, lehnten sie dieselbe ab. Die vier Arbeitervertreter, die dem Kollegium als so eine Art Konzeptionsrat angehören, traten natürlich entschieden für die staatliche Unterstützung der Arbeitslosenfürsorge ein, aber da sie eine kleine Minderheit darstellten, richteten sie nichts aus. Der ablehnende Beschluß der Unternehmer wendet sich gegen einen Mehrheitsbeschluß des Landtages, der der Sozialdemokratie zu verdanken war und der Mittel bereit gestellt wissen will zur Gewährung von Staatsbeiträgen an solche Gemeinden, welche die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren. Die Frage ist jetzt dadurch praktisch geworden, daß die Stadt Stuttgart eine kommunale Arbeitslosenunterstützungsstelle eingerichtet hat, an welche die Gewerkschaften zurzeit ihren Anschluß vollziehen. Man darf jetzt gespannt sein, ob die Regierung beim nächsten Etat dem Kammerbeschluß über der ablehnenden Haltung des arbeitserfindlichen Unternehmertums Rechnung tragen wird. Es zeigt sich aber bei dieser Gelegenheit auch wieder, wie nachteilig für die Arbeiter es ist, daß die Unternehmer in ihren Handels- und Handwerkskammern öffentlich rechtliche Vertretungskörper zur Geltendmachung ihrer Interessen gegenüber den Regierungen besitzen, während die Arbeiterkammern immer noch fehlen. Bäre in Württemberg eine Arbeiterkammer vorhanden, so müßte sie auch offiziell zu der Streitfrage gehört werden, die Parität wäre hergestellt und die Regierung könnte leichter den Kammerbeschluß erfüllen. Seit den kaiserlichen Februarerlassen von 1890 aber wartet die Arbeiterklasse vergeblich auf diese verprochenen Vertretung.

**Soldaten als Streikbrecher kommandiert.** Beim Streik der Gasarbeiter in Dänkirchen, denen sich die Elektrizitätsarbeiter anschließen wollen, tritt die alte Erscheinung wieder auf, daß der Bourgeoisstaat die Proletarier im Wasserbad zwingt, die Stellen ihrer ausfallenden Arbeitsskizzen zu besetzen. Gestern vormittag traf nämlich in Dänkirchen das 110. Infanterie-Regiment ein, das mit der Aufrechterhaltung des Betriebes in den Gas- und Elektrizitätswerken betraut wurde, wie es in dem schonen Anstich heißt. In der einfachen Sprache des täglichen Lebens nennt man diese Tätigkeiten organisierten Streikbruch, in diesem Falle sogar militärisch organisierten Streikbruch, durch den die wichtigste Rolle des Militärs im heutigen Klassenstaat, die Niederkämpfung des „amerikanischen Feindes“, wieder augenfällig bewiesen wird.

**Oberbürgermeister über die Reichstagswahl.** Der „Städt. Anzeiger“ zur „Kölnischen Zeitung“ hat eine Un-

frage bei den deutschen Oberbürgermeistern veranlaßt. Aus den Antworten geben wir folgende Stellen wieder: Dem Oberbürgermeister Göbel (Heilbronn) gehen die Maßregeln der Reichsregierung nicht weit genug; insbesondere sollte ausländisches Gefrierfleisch zugelassen werden. — Oberbürgermeister Lübbe (Somburg) hält die Öffnung der Grenzen zur Einführung von lebendem Vieh und gefrorenem Fleisch und die Herabsetzung der Zölle für Futtermittel für unbedingt erforderlich. — Oberbürgermeister Siegrist (Karlsruhe) sagt: Es bleibt nichts übrig, als dem Beispiele Englands und der Schweiz folgend, billiges überseeisches Fleisch in Massen einzuführen. Auf die Dauer wird es einfach unmöglich sein, der deutschen Bevölkerung dieses Nahrungsmittel vorzuenthalten. Eine Schädigung der deutschen Landwirtschaft wird daraus ebenso wenig entspringen, wie sie in England eingetreten ist, wo im Gegenteil die einheimische Viehproduktion nach Einführung des überseeischen Gefrierfleisches einen großen Aufschwung genommen hat. Wenn aber die deutsche Landwirtschaft in Friedenszeiten nicht imstande ist, die deutsche Bevölkerung bei ertäglichen Preisen mit Fleischernahrung zu versehen, wie soll ihr dies in Kriegszeiten möglich sein, wo doch der größte Teil auch ihrer Arbeitskräfte unter die Fahnen gerufen, wo ein großer Teil ihrer Jünglinge und ihres Nutzviehes vom Heer in Anspruch genommen wird? — Oberbürgermeister Voigt (Frankfurt a. M.) hält die Regierungsmaßnahmen völlig ungenügend und als eine Verlegenheitsmaßregel, die die Städte wegen der Einfuhrbeschränkung und da die Erleichterungen nur vorübergehende Maßnahmen sein sollen, gar nicht ausgiebig durchführen können. — Oberbürgermeister Dr. Wilms (Posen): „Die Wirkungen der Regierungsmaßnahmen wird man abzuwarten haben. Vor allem müssen sie sofort in Kraft gesetzt werden. Die Entschlieungen der Regierung in so wichtigen volkswirtschaftlichen Fragen sollten schneller erfolgen.“

Außer der Regierung findet sich kein Mensch, der mit jenen Maßnahmen zufrieden wäre. Nur preußische Ministerialbürokratie kann trotzdem die Beschüsse für unfehlbar halten und eine wirkliche Hilfe ablehnen.

**Zentrum und Petroleummonopol.** Als der Monopolplan bekannt wurde, erklärte der Badische Beobachter von 14. Oktober und nach ihm andere Zentrumblätter pathetisch, daß das Zentrum „diesen Geheultum nicht annehmen wird, und es tut gut daran im Interesse der allerärmsten Bevölkerung unsres Landes“. Der Sozialdemokratie wurde vorgeworfen, daß sie für dieses Monopol sei und damit in unverantwortlicher Weise einer drückenden indirekten Steuer zustimme. Was die Schwarzen hier von der Sozialdemokratie behaupteten, war selbstredend gelogen. Um den 19. Oktober herum brachte aber die Zentrumspresse schon Artikel, die nur als Zustimmung zu dem Monopolplan ausgelegt werden konnten, und am 26. Oktober erklärte die Westdeutsche Arbeiterzeitung ihre „freudige Anerkennung“ des Vorhabens der Regierung, Deutschland vor einem auswärtigen Handelsmonopol zu bewahren. Was bleibt nun von den erwähnten Vorwürfen der Schwarzen gegen die Sozialdemokratie übrig?

**Streikbrecherhude — eine Beleidigung!** Ein originelles Urteil hat sich neuerdings die Streikjustiz im Ruhrgebiet geleistet. Ein Bergarbeiter hatte während des Bergarbeiterstreiks auf der Straße ein besitzmets Haus als Streikbrecherhude bezeichnet. Das hatte die Frau eines dort wohnenden Arbeitwilligen gehört; sie erzählte es ihrem Mann, dieser machte beim Gerbarm Anzeige, und am Freitag wurde der Angeklagte von der Bochumer Strafkammer zu 50 M Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gar 6 Wochen Gefängnis beantragt. Geh's noch höher?

**Gelbe Helden.** Wegen schwerer Körperverletzung wurden die beiden Vorstandsmitglieder des Werkvereins der Baumwollspinnerei Colbermoor die Herren Scherrenberger und Stadler vom Schöffengericht Aibling in Bayern zu 33 und 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die beiden Gelben befanden sich vor einiger Zeit in einer Wirtshaus in Colbermoor, wo es infolge der provozierenden Haltung der beiden zwischen ihnen und organisierten Arbeitern zu Auseinandersetzungen kam. Als sich die beiden Angeklagten dann aus der Wirtshaus entfernen mußten, überfielen sie den auf der Straße stehenden, in keiner Weise an der Sache beteiligten freiorganisierten Arbeiter Weinberger, den sie mit den Worten: „Da steht auch so ein Schuft, haut ihn zusammen“ niederschlugen und ihn derart zurichteten, daß Weinberger aus vielen Wunden blutete, eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und dauernd erwerbsbeschränkt bleiben wird. Der Amtsanwalt konnte nicht umhin, die Rohheit der gelben Helden zu entschuldigen und er beantragte eine dem schweren Delikt nicht entsprechende, sehr geringe Strafe. Das Gericht ging jedoch über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und verurteilte die beiden Gemütsmenschen zu der genannten Strafe.

**Bei den Gewerbegerichtswahlen in Wühlhausen in Thüringen** errangen die freien Gewerkschaften elf Sitze und die Christlichen, die bisher zwei Besitzler besaßen, nur einen Sitz. Die Wählerzahl der freien Gewerkschaften stieg von 784 vor drei Jahren auf jetzt 1101, während die der Christlichen von 146 auf 109 zurückging. Es besteht das Verhältniswahlssystem.

**Die Aufgabe der Kirche.** Ein badischer Pfarrer, der früher nationalsozial, jetzt fortschrittliche Dr. Lehmann, hat jüngst im Karlsruher Demokratischen Landesboten gewagt, sich in einem Artikel auf die Seite der damals streikenden Arbeiter der Deutschen Steingutfabrik in Friedrichsdorf (Ami Schmehingen) zu stellen. Das hat nun die Unternehmer sehr gekränkt und empört. Ein Pfarrer, der die Rechte der Arbeiter anerkennt, der es wagt, den Unternehmern die Wahrheit zu sagen, das ist ja ein Revolutionär, ein Hezer, ein Aufwiegler schlimmster Art. Der Diener Gottes hat von altersher die Aufgabe, Zufriedenheit zu predigen — dem Vieh natürlich, nicht etwa mit-

den Junkern und Schulbaronen, die nach Staatsopfer an Kosten der Proletarier schreiben —, freudige Unterordnung unter das Gebot der Obrigkeit und des „Brotgebers“ zu predigen. Das richte die Arbeitgeberzeitung dem miferateneren Pfarrer gehörig vor. Außerdem aber verklagte der Verband der süddeutschen Industriellen den Dr. Lehmann bei seinen Vorgesetzten. Er machte eine Eingabe an das badische Kultusministerium, und an den Evangelischen Oberkirchenrat, in der sich die folgenden bezeichnenden Sätze finden:

Die beiden Behörden möchten mit allem Nachdruck und aller Energie dahin wirken und in die Betrachtungen nachgeordneten Stellen anweisen, daß es den Inhabern von Pfarrämtern, zu deren Erhaltung die Industrie nicht die niedrigsten, sondern sehr erhebliche Beiträge leistet, verboten wird, in Streitangelegenheiten, Lohn- und Klassenkämpfen einseitig Partei zu ergreifen.

Ob es den Herren Unternehmern mit dieser Forderung wirklich ernst ist? Wir glauben es nicht! Sie wollen freilich ganz gewiß nicht, daß die Geistlichen im Lohnkampfe gegen die Unternehmer wirken, aber wenn sie für die Herren Industriellen, gegen die kämpfenden Arbeiter auftreten, werden die süddeutschen Industriellen dann auch fordern, daß die Kirchenbehörde den Geistlichen die einseitige Parteinahme verbiete? Wir glauben es nicht, denn wir haben in den vielen Fällen, wo sich Vertreter der Kirche gegen Streikende gewendet haben, Fälle, die viel öfter vorkommen, als der umgekehrte Fall des Dr. Lehmann, noch nie von Beschwerden der Unternehmer gehört. Der wahre Sinn ihrer Eingabe ist, daß den Geistlichen jede Parteinahme für streikende Arbeiter verboten, die Parteinahme für die Kapitalisten aber erlaubt sein soll.

**Die Opfer des Krieges.** Die Menschenschlächterei, die gegenwärtig den türkischen Boden mit dem Blute der Balkanvölker düngt, bringt das Unheilvolle und Verbrecherische eines Krieges wieder einmal zu grauenhafter Erkenntnis. Hundert und tausend Mal sind die Greuel des Krieges von berufener Feder dargestellt worden, nichts wirkt aber so unmittelbar, wie die nackten Bissen über die Vernichtung von Menschenleben, und über die Vernichtung der wirtschaftlichen Güter, die der Arbeit für die Kultur durch den Krieg entzogen werden. Betrachte man nur, was die Kriege der letzten fünf Jahrzehnte des verflorenen Jahrhunderts an Menschenleben gekostet haben. Diese Bilanz übersteigt alles menschliche Fassungsvermögen. Es wurden getötet im Kriege

	Insgesamt 2 178 000 Mann
in der Krim	750 000 Mann
Italien	45 000
Dänemark	8 000
Sezession (Amerika)	800 000
Preußen-Oesterreich	45 000
Rußland-Türkei	250 000
Mexiko	40 000
Sichinchina	25 000
Frankreich-Deutschland	215 000

Über das Meer von Menschenblut ist in Wirklichkeit noch größer, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, da wegen Mangels an zuverlässigen Angaben die Zahl der Gefallenen in den Kriegen in Abyssinien, Indien, Afghanistan, Madagaskar, Kuba, Transvaal, China, Dahomei, Tunis, in Tonkin, Zululand und die der chinesisch-japanischen und russisch-japanischen Feldzüge und einiger kleinerer Kampagnen nicht einbezogen worden sind. Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Zahl der in diesen Kriegen Getöteten auf mindestens 800 000 festsetzt. Drei Millionen Menschenleben kosteten also die Kriege in einem halben Jahrhundert!

## Berichte.

**Strasbourg i. E.** Zum Streik in der Elsässischen Tabakmanufaktur. Seit 6 Wochen stehen die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen der Elsässischen Tabakmanufaktur wegen Verbesserung ihres minimalen Lohnes und ihrer Arbeitsverhältnisse im Streik. Die Firma verliert nun, durch Veröffentlichung der Lohnverhältnisse in den bürgerlichen Blättern das Publikum für sich zu gewinnen. So macht die Direktion bekannt, daß von 297 Arbeitern 121 einen Tagesverdienst von 2,50 bis 3,30 M, 80 einen Tagesverdienst von 2 bis 2,40 M hätten. Da von den 297 demnach 86 Arbeiter fehlen, von denen der hohe Lohn nicht angegeben ist, so steht es außer allem Zweifel, daß rund 100 Arbeiter nicht einmal 2 M pro Tag verdienen. Aus den eigenen Lohnlisten der Firma stellen wir fest, daß 151 Arbeiter einen Tagesverdienst unter 2 M, 80 unter 2,50 M, 56 unter 3 M hatten. Die übrigen im Betrieb beschäftigten Personen sind Heizer, Maschinen-, Schreiner, Gärtner, Vorarbeiter und Meister, die allerdings mehr wie 3 M pro Tag verdienen; letztere sind auch die Parabearbeiter, mit deren Löhne die Firma in der Öffentlichkeit renommiert. Die Handmaschinenarbeiterinnen erzielten einen Tagesverdienst von 1,50, 1,80, 2,20, 2,40 und 3 M; unter 31 Arbeiterinnen war eine einzige, die 3,20 M pro Tag verdiente. Die Tagelöhnerinnen erzielten einen Tagesverdienst von 1,30, 1,70, 1,80, 2,20 und 2,50 M. Die Bademädchen hatten einen Verdienst von 2,10, 2,40, 2,50, 2,80 bis 3 M. Die Zigaren- und Widelmacher erzielten Löhne von 1,80 bis 2 M pro Tag, die männlichen Tagelöhner von 1,20 bis 3,00 M pro Tag. So sehen die Löhne in der Elsässischen Tabakmanufaktur aus! Die von dem Bürgermeisteramt Strasbourg angeordneten Untersuchungen wurden von der Firma strikte abgelehnt. Leider haben sich eine große Zahl Arbeitswilliger gefunden, die den Unternehmern Handlangerdienste leisten. Der vom Gewerkschaftsrat Strasbourg verhängte Boykott über die Fabrikate der Elsässischen Tabakmanufaktur muß von der organisierten Arbeiterschaft hochgehalten werden und eruchen wir die Kollegen, überall den Boykott zu propagieren, ganz besonders in Rheinland-Westfalen, wo die Firma ein großes Absatzgebiet hat. Die hauptsächlichsten Marken sind: Rothhäbel, Elegantes, Algerien, Francaise, Maryland, Vogeia, Helvetia, Perle der Schweiz, Polstzigaretten, Paris, Gold-Hand, Löwen-Zigaretten und Partele. Rauchtabak mit der schwarzen Hand.

**Duisburg.** Ein Kollege schreibt uns über die Verhältnisse in der Zigarenfabrik Carl Biewald folgenden: Zunächst muß ich mitteilen, daß das Logis- und Kostgeld hier 14 M wöchentlich beträgt. Da nun aber der Minimallohn bei der Firma B. 6 M für Widel- und Rollen beträgt, so kann man sich nicht vorstellen, wie ein Lediger durchkommen soll. Wie muß es erst einem Familienvater gehen! Bei der Firma ist ein Mädchen gegen einen Wochenlohn von 7 M beschäftigt, davon gehen noch die Versicherungsbeiträge ab. Ich belam für meine Sorte zwar 10 M pro Woche, das ging ja, aber ich konnte trotzdem nichts verdienen, da ich nicht viel machen durfte. Als ich 16 bis 18 M pro Woche machte, war ich B. kein Freund, ich konnte soviel Deckblatt als möglich verbrauchen, mir wurde nichts gelagt. Als ich aber an 20 M kam und weniger Deckblatt als vorher verbrauchte, da sagte Herr B., ob ich das Deckblatt gefressen oder verlost hätte. Ein Kollege hat eine Sorte zu 12 M eines Morgens

# Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 45

Sonntag, den 10. November

1912.

## „Volksfürsorge“

Die Zeitung der „Volksfürsorge“ ersucht uns, bekannt zu geben, daß sie mehrfach glaubwürdig mitgeteilt wurde, daß einige Versicherungsgesellschaften bei ihren Verbänden den Leuten vorzuschwindeln suchen, die von ihnen bewirkten Aufnahmen erfolglos im Auftrag der „Volksfürsorge“ und würden dieser später zugewandt.

Die Zeitung der „Volksfürsorge“ fordert auf, falls irgendwelche derartige betrügerische Manipulationen weiter versucht werden, die Namen und Adressen der Betrüger festzustellen und ihr mitzuteilen, damit die Betroffenen zur Verantwortung gezogen werden können.

Es hat niemand das Recht, Aufnahmen für die „Volksfürsorge“ zu machen, solange sie noch nicht konfessioniert ist. Sobald die Konfessionierung erfolgt ist, wird dies öffentlich in allen Arbeiterblättern bekannt gegeben werden und dürfen Aufnahmen für die „Volksfürsorge“ dann auch nur solche Personen machen, die sich im Besitze des mit der Firma der „Volksfürsorge“ versehenen Aufnahmematerials befinden.

## Hundeleben.

Wie unsere Besitzenden immer gar so schön von der gestörten Existenz bis ins Alter hinein zu reden wissen, wenn sie auf die Lage der Arbeiter zu sprechen kommen! Ob sie selbst an ihre Worte glauben, oder ob sie nur ihr Gewissen beruhigen wollen? Die kein Gewissen haben, brauchen auch keine zu beruhigen, und wer dennoch sagt, den Arbeitern gehe es gut, tuts im Interesse seiner eigenen Tasche, so daß er also alle Ursache hat, daran zu glauben. Im übrigen ist es nichts als erbärmlichster Hohn für die Arbeiter, wenn sie hören, daß es ihnen wunder wie gut gehen soll. Und unsere Tabakarbeiter, was haben sie denn an Einkommen, mit welchem völlig unzulänglichen Einkommen müssen sie sich und ihre Familien „ernähren“! Aber trotzdem sind auch die Unternehmer der Tabakindustrie der Meinung, daß ihre Arbeiter genügend entlohnt sind, so daß sie sich allen Bestrebungen auf Lohn-erhöhung energisch widersetzen. Sonderbarerweise gibt es noch unzählige Unternehmer, die den Arbeitern auch grundsätzlich keine Lohn-erhöhungen zubilligen, weil sie die Begehrlichkeit der Arbeiter, wie sie das nennen, nicht aufheben wollen; sie sind der Meinung, daß der Arbeiter sich mit dem Geringsten zu behelfen und seine Bedürfnisse das Maß des Allernotwendigsten nicht zu überschreiten haben. Das ist der Standpunkt des „Herrn“, der im Lohnarbeiter nichts anderes als einen Sklaven sieht, dessen Lebensaufgabe nur in der Befriedigung des Wohllebens eben der „Herrn“, der Besitzenden, bestehen soll. Diese Art Leute haben noch nicht einmal ihre kapitalistische Wirtschaftsweise, auf die sie doch schwören, begriffen, sonst müßte ihnen die gesteigerte Lebenshaltung der großen Masse der Volksgenossen, der Arbeiter, sehr willkommen sein. Im stillen Kämmerlein haben sie auch gewöhnlich etwas andere Gedanken und kein Zigarrenfabrikant z. B. hätte etwas dagegen, wenn in allen anderen Berufen sich die Lage der Arbeiter derartig hebt, daß sie tüchtig rauchen könnten — aber nur die Tabakarbeiter dürfen dann nicht auch kommen mit Lohnaufbesserungen. Will doch jeder Kapitalist auf Kosten anderer seinen Gewinn steigern! Doch die Dinge gehen nun einmal ihren Lauf und das Befolge der „heiligen, segensreichen“ kapitalistischen „Ordnung“ wird sich schon mit der Zeit versingen und erneuern zu einer auf dem Gesamtwohl begründeten Wirtschaftsweise.

Uns liegt vor allem daran, so groß auch unsere Zukunftshoffnungen sein mögen, die Gegenwart so zu gestalten, daß Menschen auch menschenwürdig darin leben können. Unzählige, ja, die meisten gegen Lohn beschäftigten Personen leben heute unter durchaus unzulänglichen Verhältnissen; sämtliche Tabakarbeiter und -arbeiterinnen würden noch entbehren müssen, wenn sich plötzlich ihr Einkommen verdoppeln würde, selbst unter der Voraussetzung, daß die Preise der Verbrauchsgegenstände und Mieten nicht steigen würden. Was bedeutet denn ein Durchschnittsjahreslohn von 630 M., wie es die Tabakarbeiter 1911 gehabt haben? Freilich haben sich die Tabakarbeiter mit Hilfe ihrer Organisation trotz des schweren Drucks der Wertsteuer eine Erhöhung des Lohnes von 616 M. in 1910 auf 630 M. in 1911 erkämpft! Wer genügt denn eine Lohnsteigerung von 14 M.? Wenn auf der anderen Seite die Preise der notwendigen Verbrauchsartikel, der Mieten usw. um 20, 30 und 40 Prozent steigen, wenn der Lohn ohnehin auf der denkbar niedrigsten Stufe steht, so finden wir wohl die Zustimmung der gesamten Tabakarbeiter, wenn wir sagen: Es muß noch anders kommen mit den Lohnsteigerungen als bisher! Wer soll denn mit solchen Löhnen ohne Hunger und Kummer eine Familie ernähren!

Wo Not und Elend konstatiert wird, fehlen auch die Tabakarbeiter nicht. Kürzlich wollten die Richter des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts dem Vertreter der Freiburger Armenbehörde nicht glauben, als er behauptete, es sei möglich, mit 80 M. jährlich ein Kind zu ernähren. Ernähren! Die Feder sträubt sich, in diesem Zusammenhang das Wort niederzuschreiben. Aber der Freiburger Stadtrat behauptete, daß die Mehrzahl der Freiburger Arbeiter nur ein Einkommen von durchschnittlich 900 M. habe, und selbst, wenn sie nur vier Kinder hätten, könnten sie doch nicht pro Kind 80 M. jährlich aufwenden. Neunhundert Mark Durchschnittseinkommen — ach, wenn es die vielen Freiburger Tabakarbeiter nur hätten!

Und zur weiteren Rechtfertigung seiner Behauptung ließ der Freiburger Stadtrat Zeugen aufmarschieren. Auch ein Tabakarbeiter kam an die Reihe, der ein Bild des furchtbarsten Jammers enthielt. Druden wir ab, was die Tageszeitungen berichten:

Da war zunächst ein Bergarbeiter Sch., Vater von zwölf Kindern im Alter von drei bis 21 Jahren. Acht Kinder sind noch schulpflichtig; die vier ältesten Kinder schlagen sich wohl selbst durch, doch ist ihr Verdienst so gering, daß sie nichts dem Vater abgeben können. Der Mann selbst arbeitet auf der Königl. Grube Himmelfahrt und erzielt bei zehntägiger Schicht einen Tageslohn von 3 M., was einem Jahresverdienste von 840 M. entspricht. Im Jahre 1911 gingen jedoch 181 Krankheitstage ab, so daß der Mann tatsächlich von der Grube an Lohn (nach Abzug des Krankengeldes) 620,58 M. ausgezahlt erhielt. Unter Hinzurechnung der Krankunterstützung stellte sich das Jahresinkommen des Mannes auf netto 700 M. Davon haben nun zwei Erwachsene und acht Kinder leben müssen, da die Frau bei der großen Zahl der Kinder selbst nichts mitverdienen kann. 60 M. (!) gehen noch für Miete ab. Auf die verwunderte Frage eines Richters, wie es denn überhaupt möglich sei, daß Zeuge damit durchkommen könne, antwortete dieser: Unsere Nahrung besteht hauptsächlich in Kartoffeln, Pering und Leinöl; Fleisch und Butter kommen gar nicht auf den Tisch! Mittelsidige Leute schenken der Familie dann und wann mal eine Kleinigkeit.

Ein zweiter Zeuge war der Zigarrensortierer S., der ebenfalls zwölf Kinder hat, davon noch neun schulpflichtig. Der Mann hat einen Jahresverdienst von 736 M., zahlt 216 M. Miete, und der Rest, also 520 M. muß zum Lebensunterhalt für elf Personen ausreichen. Und ähnlich lagen die Verhältnisse bei einem dritten Zeugen, dem Schuhmacher B., der Vater von neun Kindern im Alter von 1 bis 13 Jahren ist und wöchentlich 16 bis 18 M. verdient und 250 M. Miete jährlich zahlt. Als das Gericht die Wohnungsverhältnisse dieser Familie aber näher erörtern wollte, bat der Zeuge davon abzusehen (!), er gab aber zu, daß Betten in der Familie überhaupt nicht existieren.

Wichtig Mark zahlt die Freiburger Armenverwaltung für die Unterhaltung eines Kindes, aber der Zigarrensortierer hat aus dem „Segen“ seiner Arbeit für jedes seiner Familienangehörigen nur 67 M., ziehen wir die Miete ab, gar nur 47,30 M. zur „Ernährung“ zur Verfügung! Freilich wird man die hohe Kinderzahl ins Feld führen. Aber wenn auch: Muß nicht unter allen Umständen die Möglichkeit bestehen, daß ein Vater seine Kinder, und seien ihrer auch mehr als gewöhnlich, versorgen kann? Hier ist nicht einmal von einer notdürftigen Ernährung die Rede. Mancher Besondere gibt viel mehr für die Unterhaltung seines Hundes aus, als dieser Tabakarbeiter für sich oder seine Angehörigen ausgeben kann. Und wenn er nur drei Kinder zu versorgen hätte, so kämen auf jedes der fünf Familienglieder bei 736 M. Einkommen auch immer nur erst 147 M. pro Jahr, oder gut 40 S. pro Tag. Reich ist das aus zum Leben? Nun haben allerdings nicht alle Tabakarbeiter 12 Kinder, aber sie haben auch nicht alle ein Einkommen von 736 M.! Hier handelt es sich um einen Sortierer, um einen qualifizierten Arbeiter der Tabakindustrie. Die Sortierer haben höheren Verdienst als die Zigarrenarbeiter, Wickelmacher usw. Wiederholen wir: Der Durchschnittslohn im Jahre 1911 betrug nur 630 M., so daß wir es hier mit einem Arbeiter zu tun haben, der über dem Durchschnitt steht. Bei einer fünfköpfigen Familie kommen bei 630 M. Durchschnittslohn auf den Kopf 126 M. pro Jahr, oder noch nicht 35 S. pro Tag. Selbst wenn angenommen wird, daß alle jene, die unter dem Durchschnittslohn verdienen, jugendliche, weibliche verheiratete oder ledige Personen sind, so ist einleuchtend, daß der Lohn in der Tabakindustrie weder die normale Unterhaltung der Ledigen, erst recht nicht die der Verheirateten und ihrer Angehörigen ermöglicht.

Kürzlich wurde in allen bürgerlichen Zeitungen ein großes Lamento über den Rückgang der Geburten in Deutschland angestimmt. Das ist so die rechte Art. Auf der einen Seite verteuert man künstlich die Produkte, treibt wahnsinnigen Wucher mit den Nahrungsmitteln, schmiedet ein Gesetz um das andere, damit dem, der hat, gegeben wird in Hülle und Fülle, während auf der anderen Seite jedes Bestreben der Arbeiter nach Steigerung ihres Einkommens unterdrückt, als etwas unerhört fluchwürdiges betrachtet wird. Man wetteifert darin, den Arbeitern und ihren Organisationen direkt und indirekt, mit und ohne Gesetzgebung, die Kehle zuzudrücken; 30, 40 und 50 S., und wenn es hoch kommt, 1 M. pro Kopf der Familie, gesteht man den Arbeitern gnädigst zu. Da wundern man sich, wenn der Fluch der Armut zur Korrektur der Geburten treibt! Nach der bürgerlichen Heuchelei müßte der Freiburger Sortiererkollege mit seinen 12 Kindern ein verehrungswürdiger Mann sein, statt dessen hat er und alle, die mit Kindern „gesegnet“ sind, den Vorzug, mit den Angehörigen hungern zu können, daß die Schwärze innaht. Je mehr Kinder, je größer die Not! Und Not und Krankheit wird die armen Wesen ihr kurzes Leben lang begleiten.

Gibt es Arbeiter, gibt es vor allem noch Tabakarbeiter, die mit einem solchen hundsmiserablen Leben zufrieden sind? Es ist entsetzlich für einen Kulturmenschen, mit Ja! antworten zu müssen. Denn, wären sie nicht zufrieden, sie würden noch mit dem letzten Atemzug ihres zermürbten Körpers, mit dem verglimmenden Funken ihres verzweifenden Geistes den furchtbarsten Fluch auf solche Zustände herniederwünschen; sie würden sich in Reich und Glied stellen mit ihresgleichen und mit unübersteiglicher Kraft im Heerzahn kompakterer Organisationen den Feind zu Boden ringen. Sklave sein ist schrecklich, Sklave sein wollen, ist erbärmlich! Nein, nein! Alle, die sich dem Verbände zum nimmer rastenden Kampfe anschließen haben, wollen ja auch keine Sklaven sein. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist ihrer Mähe Preis. Und wo bleiben die anderen? Sie müssen mit, soll es schneller vorwärts gehen. Mühtel und schüttel ihre Krerten und macht es ihnen begreiflich, daß sie Menschen sind!

## Zuzug verboten!

Seit Inkrafttreten der Wertsteuer sieht es mit der Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie, mit Ausnahme

der Zigarettenfabrikation, trübe aus, und wenn auch der hohe Grad der Arbeitslosigkeit, wie er noch bis Herbst 1911 herrschte, hoffentlich nicht wieder erreicht werden wird, so ist der Geschäftsgang immerhin derartig, daß trotz des Verdrängens vieler Kräfte aus der Industrie an ein Zurückgehen auf die Verhältnisse, wie sie vor der Wertsteuer auf dem Arbeitsmarkt lagen, noch nicht zu denken ist. Verschiedene Anzeichen lassen sogar darauf schließen, daß, sobald das Weihnachtsgeschäft vorüber, die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe über das um diese Zeit gewöhnliche Maß hinausgehen wird. Obgleich wir uns in einer Hochkonjunktur befinden, hat insbesondere die Zigarrenindustrie recht wenig profitiert, es sei denn, man rechnet es schon als Gewinn, daß es ihr nicht noch schlechter geht. Wäre auf die Wertsteuer sofort eine wirtschaftliche Krise gefolgt, so wäre das Elend unserer Tabakarbeiter noch ungeheuer viel größer geworden, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß bei einer über kurz oder lang kommenden allgemeinen Depression die Tabakindustrie ihr blaues Wunder erleben wird, wenn man überhaupt in diesem Gewerbe noch fähig ist, sich über schlimme Dinge zu mokieren.

Auch in unserer Organisation spiegelt sich natürlich in mancherlei Hinsicht das Bild des wirtschaftlichen Lebens. Steigt die Arbeitslosigkeit, so steigt auch sofort die für diesen Zweck zur Auszahlung gelangende Summe. Es ist so ein nicht hoch genug anzuschlagender Vorteil, wenn unsere Mitglieder wenigstens vor der größten Not geschützt sind. Die Mitglieder haben sich ein unbedingtes Anrecht auf die Unterstützung erworben, das ihnen niemand streitig machen kann und wird. Aber eine andere notwendige Folge größerer Arbeitslosigkeit ist, daß unsere Mitglieder in größerer Zahl als sonst gezwungen sind, den Ort zu verlassen und zum Wanderstab zu greifen. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu kommen sucht, zumal bei dem geringen Lohn in der Tabakindustrie ohnehin keine Ersparnisse, von denen man zehren könnte, gemacht werden können. Aber nun kommt das Dilemma. Auf der einen Seite wird die Zahl der Kollegen, die arbeitssuchend von Ort zu Ort reisen, oder sich schriftlich in anderen Orten um Arbeit bemühen, größer, auf der anderen Seite ist natürlich in fast allen Orten, nicht zuletzt in den größeren, die Zahl der Arbeitslosen geringen, so daß die Mitglieder das erklärte Bedürfnis haben, den Zugang zu sperren. Und es ist ferner erklärlich, wenn die arbeitslosen Kollegen sich in ihrer Not am ehesten den Orten mit größerer Tabakindustrie, wo aber auch die Zahl der Beschäftigungslosen naturgemäß am stärksten ist, zuwenden.

Wie hat sich die Organisation, und damit auch der einzelnen Organisierte, zu dieser Sache zu verhalten? Die Sperre eines Ortes oder eines Betriebes ist für die Organisation ein wichtiges Mittel, ihren Zwecken zu dienen. Das ist Grund genug, es nicht ohne Not anzuwenden, da es sonst die nötige Wirksamkeit verliert. Ordnet die Verbandleitung die Sperre in bestimmten Fällen an, so hat sie unter allen Umständen respektiert zu werden. Jede Verbandsleitung wird Anträge auf Fernhalten des Zugangs sorgfältig prüfen, und jede Zahlstelle oder Ortsverwaltung wird solche Anträge nur stellen, wenn sie durchaus begründet sind. Es können also nur wichtige Ursachen sein, die ein Verbot des Zugangs rechtfertigen. Zu diesen wichtigsten Ursachen gehört natürlich in allererster Linie der Lohnkampf, bei dem ja die Verhängung der Sperre eine große Rolle spielt. Im Grunde genommen dreht sich aber ja unsere gesamte Verbandsstätigkeit um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und die Arbeitslosenfrage ist dabei von keiner geringen Bedeutung. So kann es denn kommen, daß eine Verbandsleitung den Anträgen auf Fernhalten des Zugangs nach einem Ort oder einer Gegend aus diesem Grunde stattgibt. Ist nun die Arbeitslosigkeit allgemein, so hat es meistens wenig Zweck, alle dann kommenden Anträge auf Sperrung des Zugangs zu gewähren, denn irgendwo müssen doch die reisenden Kollegen hin, um mindestens ihre Unterstützung erheben zu können.

Sperret man den Zugang nach irgend einem Ort bei allgemeiner Arbeitslosigkeit, so ist es den auswärtigen und durchreisenden Arbeitslosen verboten, dort um Arbeit nachzusehen, andererseits aber steht es den Arbeitslosen dieses Ortes frei, sich anderswo zu bewerben, so daß sie im Vorteil sind. In Orten mit vielen Betrieben ist es dem Arbeitslosen wegen des Wechsels ohnehin eher möglich, einmal unterschlupfen zu können.

Ausdrücklich sei noch einmal betont, daß diese Erwägungen nur Bedeutung haben sollen und können, wenn die Arbeitslosigkeit sich über die gesamte Tabakindustrie bzw. einen Teil derselben erstreckt. Für solche Fälle hätte also eine Sperre einer größeren Zahl von Orten keinen Zweck, würde man aber einzelne herausgreifen, so wäre ihnen das zwar zum Vorteil, aber auf Kosten der Gesamtheit. Aus diesen oder jenen besonderen tatsächlichen Gründen bei allgemeiner Arbeitslosigkeit für einen Ort den Zugang zu verbieten, braucht darum nicht ausgeschlossen zu sein. Nicht unwichtig ist das Bedenken, daß die Unorganisierten eine Sperre ausnutzen, indem sie mangels Solidarität in dem gesperrten Ort deshalb Arbeit suchen, weil sie eher Erfolg zu haben glauben. Das ist jedoch bei allen Sperrungen zu erwarten; es zeigt uns aber, wie vorsichtig man mit der Sperre umzugehen verpflichtet ist.

Domit ist die Frage des Zugangsverbots freilich noch nicht völlig erledigt. Sich mit einer Sache beschäftigen, heißt auch, wie immer bei organisierten Arbeitern, zu fragen: Was ist zu tun? Ueber die Arbeitslosigkeit mit



behebend ist mit der Zahl der abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschluss führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so können Doppelzählungen der Tarife nicht vermieden werden. Es können jedoch auch für eine Organisation eintreten, wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne ArbeitsEinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschluss kommt. Diese Doppelzählungen lassen sich nicht hier, sondern nur in der Tarifstatistik auscheiden.

## Mitteilungen aus dem Beruf.

**Eine Verordnung betr. Hausarbeit in der Zigarrenindustrie.** Vor kurzem ging schon einmal durch die Presse eine Notiz, daß der Bundesrat sich mit einer Verordnung, betr. die Hausarbeit in der Tabakindustrie befaßt. Auf eine Anfrage Mannheimer Fabrikanten bei der badischen Regierung soll diese erklärt haben, von solcher Absicht des Bundesrats nichts zu wissen. Neuerdings wird jedoch von verschiedenen Seiten erneut ein Vorgehen des Bundesrats gemeldet. Nach unserer Meinung dürfte die Meldung zutreffend sein, denn der Bundesrat wird unter Berücksichtigung des Hausarbeitsgesetzes kaum anders können, zum Schutze der öffentlichen Gesundheit sowohl wie der Arbeiter und Kinder in einzelnen Gewerbezweigen Verordnungen zu erlassen. Die Ausführung des Hausarbeitsgesetzes kann doch nicht allein in polizeilichen Verfügungen bestehen. Daß in allererster Linie die Tabakindustrie mit einer solchen Verfügung bedacht werden würde, war angesichts der unglücklichen Heimarbeitverhältnisse und ihrer Gefahren für die betr. Arbeiter sowohl wie der öffentlichen Gesundheit zu erwarten, zumal das Hausarbeitsgesetz aus dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Hausarbeit in der Tabakindustrie entstanden ist. Ein Beweis, daß man schon im Jahre 1907, als der Entwurf vorlag, die Notwendigkeit zu besonderen Maßnahmen für die Tabakindustrie anerkannte. Es heißt denn auch, daß die kommende Verordnung sich wesentlich aus den Bestimmungen des genannten Entwurfs zusammensetzt.

**Zur Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe im 3. Vierteljahr 1912.** Aus den veröffentlichten Ziffern des Reichsstatistischen Amtes geben wir folgende die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe betreffende Uebersicht für das dritte Vierteljahr 1912. (1. und 2. Vierteljahr siehe Tabak-Arbeiter Nr. 22 und 31.) Es haben immer noch nicht alle Zahlstellen berichtet. Es waren an den jeweiligen Stichtagen arbeitslos:

1912	männlich	weiblich	zusammen	3. Viertelj. 1911
Juli	301 = 3,1%	208 = 1,2%	510 = 1,7%	3,4%
August	321 = 2,8%	319 = 1,8%	640 = 2,0%	2,3%
September	401 = 2,7%	291 = 1,7%	692 = 2,2%	2,0%

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit an Orten im 3. Vierteljahr 1912 betrug bei Männlichen 1926, bei Weiblichen 1170, zusammen 3102 (im 2. Vierteljahr 1912: 2015); die Gesamtzahl der Arbeitslosen Tage am Orte und auf der Reise betrug 41 618 (2. Vierteljahr 1912: 25 658). Auf 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit 8,7, auf männliche 10,5, auf weibliche 6,8 (2. Vierteljahr 1912: 6,3, bezw. 6,7, bezw. 5,9). Auf 100 Mitgliedertage kamen 1,4 Arbeitslosentage (2. Vierteljahr 1912: 1,0; 3. Vierteljahr 1911: 1,2). Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war 12 Tage, gegenwärtigfalls 12 im 3. Vierteljahr 1911 und 13 im 2. Vierteljahr 1912.

1912	männlich	weiblich	zusammen	3. Viertelj. 1911
Juli	8 = 0,8%	3 = 0,1%	11 = 0,8%	2,1%
August	9 = 0,8%	7 = 0,3%	16 = 0,3%	—
September	82 = 2,2%	4 = 0,2%	86 = 1,4%	1,3%

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit an Orten im 3. Vierteljahr 1912 betrug bei Männlichen 111, bei Weiblichen 17, zusammen 128 (im 2. Vierteljahr 1912: 341); die Gesamtzahl der Arbeitslosen Tage am Orte und auf der Reise betrug 1533 (im 2. Vierteljahr 1912: 5167). Auf 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit 2,0, auf männliche 3,0, auf weibliche 0,7 (2. Vierteljahr 1912: 5,4, bezw. 4,8, bezw. 6,2). Auf 100 Mitgliedertage kamen 0,3 Arbeitslosentage (2. Vierteljahr 1912: 1,0; 3. Vierteljahr 1911: 0,5). Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war 12 Tage, gegenwärtigfalls 9 im 3. Vierteljahr 1911 und 20 im 2. Vierteljahr 1912.

Wie aus den Ziffern im Vergleich mit denen des 2. Vierteljahres zu ersehen ist, ist die Arbeitslosigkeit bedenklich im Steigen, sie stieg in unserem Verband von 1,7 im Juli auf 2,0 im August und dann auf 2,2 im September; im gleichen Zeitraum des Vorjahres konnte ein Sinken bemerkt werden und zwar von 2,4 im Juli auf 2,3 im August und 2,0 im September. Wenn trotz Herannahens des Weihnachtsgeschäfts ein Steigen der Arbeitslosigkeit festgestellt wird, so läßt das namentlich auf die Monate nach Weihnachten einen recht ungünstigen Schluß zu. Erheblich ist die Zahl der Arbeitslosen Tage gestiegen, obgleich zu berücksichtigen ist, daß ja in dem verfloffenen Vierteljahr die Sortierer zum erstenmal bei uns gezählt sind, die im vorigen Quartal mit 8468 Arbeitslosentagen aufmarschierten; im 2. Quartal zusammen 34 126 Arbeitslosentage, so daß also das 3. Vierteljahr im geeinigten Verband ein Mehr von 7492 Arbeitslosentagen zeigt.

**Trübselkämpfung.** Die Gruppe „Tabakbranche“ des Vereins Frankfurter Handelsagenten hat in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung beschlossen, unter der Flagge des Hanfabundes in eine lebhafteste Bekämpfung des amerikanischen Tabaktruffs durch Aufklärung und sonstige Maßnahmen einzutreten. Der Beschluß der Frankfurter Interessenten lautet:

Die heute abend versammelten Handelsagenten der „Tabakbranche“ des Vereins Frankfurter Handelsagenten zu Frankfurt a. M. beschließen einstimmig, den Zentralverband Deutscher Handelsagenten in Verbindung mit der Agitation der Frankfurter Gruppe gegen den amerikanischen Truff und das Staatsmonopol bekannt zu machen, ebenso denselben zu informieren, daß der Hanfabund sich bereit erklärt hat, uns keine ganze Organisation für den Kampf zur Verfügung zu stellen. Der Zentralverband wolle veranlassen, daß sämtliche Ortsgruppen von unserem heutigen Beschluß und der Agitation verständigt werden, mit dem Hinweis, daß es Pflicht des Handelsagenten ist, in diesem Kampf einzutreten und speziell dem Reute des Hanfabundes in dieser Sache Folge zu leisten.

**Deutschlands Tabakernte 1911.** Im Erntedjahr 1911 hatten im deutschen Zollgebiete 101 831 Pflanzler eine Gesamtfläche von 17 017 ha mit Tabak bepflanzt (1910: 96 330 Pflanzler 15 404 ha). 26 635 Tabakpflanzler hatten je eine Fläche von weniger als 1 ar, 5522 von 1 bis 4 ar ausschließlich, 18 776 von 4 bis 10 ar ausschließlich, 31 654 von 10 bis 25 ar ausschließlich, 17 633 von 25 ar bis 1 ha ausschließlich, und nur 1611 von 1 ha und darüber mit Tabak bebaut. Geerntet wurden im ganzen 292 047 dz Tabakblätter in dachreifem, trockenem Zustande, also 17,2 dz von 1 ha (1910: 288 542 dz, bezw. 18,7 dz pro ha). Der Gesamtwert der Ernte wurde bei einem mittleren Preise von 59,43 M (ohne Steuer) für 1 dz Tabakblätter auf 17,4 Millionen ermittelt (1910: 21,5 Millionen M, mittlerer Preis für 1 dz 74,47 M).

## Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

**Orsoy a. Rh.** Die Aussperrung bei den Firmen Gebr. Bierhaus, H. Kersten, Ketels & Hagemann, J. Kirking, Jnh. Gebr. Kleine, die am 14. Oktober d. J. vorgenommen wurde anlässlich des Streiks bei der Firma H. Kersten, ist beendet und zwar infolge einer Einigungsverhandlung, an welcher teilnahmen: Vertreter des Niederrheinischen Zigarrenfabrikantenverbandes, Vertreter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und Vertreter der Zentralkommission der freien Gewerkschaften für Rheinland und Westfalen. Die gemachten Lohnzulagen betragen inf. der bereits gemachten Lohnzulagen bei 21 Sorten 25 S und bei 9 Sorten 50 S pro Mille. Für Deckblattaufsetzen werden für die Folge anstatt 20 S 25 S pro Pfund gezahlt und außerdem festgelegt, daß für solche Sorten, die in der vorliegenden Sortenliste nicht erwähnt sind, wie auch für neu-einzuführende Sorten die Lohnfestsetzungen unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses erfolgen sollen. Außerdem wurde noch zu Protokoll gegeben:

„Von Seiten der anwesenden Mitglieder der Zentralkommission, den Herren Carl Spiegel und Wilh. Frank, wurde angeregt, ein auf paritätischer Grundlage basierendes Schiedsgericht für den Niederrhein zu schaffen. Die anwesenden Mitglieder des Niederrheinischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes erklären sich im Prinzip mit dem Vorschlage einverstanden und wird der Verband in seiner nächsten Generalversammlung erstmalig der Frage näher treten.“

Kens, den 1. November 1912.  
Für den Niederrhein. Zigarrenfabrikanten-Verband:  
Alex Kersten.

Für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband:  
Ludwig Klein.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am Montag, den 4. November. Maßregelungen, so wurde weiter ausgemacht, dürfen nicht erfolgen.

**Orsoy a. Rh.** Die Firma Wilking & Brückmann, bei welcher um Gewährung von Lohnzulagen nachgesucht worden war, erhöhte die Löhne bei 8 Sorten um 40 S und bei 3 Sorten um 60 S pro Mille.

**Goß (Rheinland).** Außer den Firmen Gebr. Blum und Joh. H. Lahaye bewilligte nun auch die Firma Fr. Glaser Lohnerhöhungen. Diese betragen bei Zigarrenmacher bei 22 Sorten 25 S, bei 14 Sorten 50 S und bei 2 Sorten 75 S pro Mille. Dazu erhöhte die Firma die Löhne der Sortierer bei 3 Sorten Zehntelpackung um 5 S, bei 3 Sorten Zehntelpackung um 10 S, bei allen Sorten Zwanzigstelpackung, für die bis jetzt 90 S gezahlt wurden, um 10 S, und bei allen Sorten Zwanzigstelpackung, für die bis jetzt 1 M gezahlt wurden, um 20 S pro Mille.

**Bremen-Hemelingen.** Die in Nr. 40 des Tabak-Arbeiter unter „Bewegungen im Beruf“ veröffentlichte Liste von Bewilligungen ist durch folgendes zu berichtigen, resp. zu ergänzen: Die Firma Hasselbach & Comp. bewilligte den Zigarrenportierern auf 34 Sorten 10 S, auf 15 Sorten 20 S und auf 3 Sorten 30 S. Für Sortimentstisten wurde der Lohn um 60 S erhöht. Für Sortimentstisten unter 10 Stück wurden 90 S zugelegt pro Mille. Für verschiedene Nebenarbeiten, wie: Umlegestreifen einlegen, Schuß ablegen, Zigarren nachzählen wird 5 bis 20 S mehr gezahlt. Der Stundenlohn wurde von 50 auf 55 S erhöht. Für Ueberstunden und Sonntagstarbeit soll ein Zuschlag von 10 Prozent gezahlt werden. — Für die Firma H. Schminke ist noch nachzutragen, daß der Stundenlohn für Bekleberinnen von 30 auf 35 S erhöht wurde.

Außerdem bewilligte die Firma Hachez & Müller zu Beginn der Lohnbewegung Lohnerhöhungen: für 16 Sorten (Formarbeit) 50 S, für 5 Sorten (Formarbeit) 1 M, und für Handarbeit auf 13 Sorten 1 M, auf 1 Sorte 1,50 M und auf 1 Sorte 2 M pro Mille. Die Löhne der Sortierer wurden bei 15 Sorten um 10 S, bei 12 Sorten um 20 S, bei 2 Sorten um 25 S, bei 5 Sorten um 30 S, bei 2 Sorten um 40 S, bei 1 Sorte um 50 S und bei 1 Sorte um 60 S pro Mille erhöht. Im weiteren Verlaufe der Bewegung erhöhten noch die Löhne die Firmen: Sig. Behrens, ? Brinkmann, Wilh. Fuhse, J. W. Grothheer, Herm. Gubernatus, ? Pfänder, H. Lübede, W. Müller, W. Müffel, A. Obermeyer, Ludw. Kenzel, W. Sasse, Joh. Sappe, A. Fönsgröner, W. Herm. Wachen, Emil Walter. Die gemachten Lohnzulagen betragen bei einer Sorte 25 S, 4 Sorten 30 S, 60 Sorten 50 S, 8 Sorten 75 S, 50 Sorten 1 M, 6 Sorten 1,50 M und bei 1 Sorte 2 M pro Mille.

Die Firma Karl Frech Wm. erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 4 Sorten um 50 S pro Mille. Die Firma W. Giesecke erhöhte die Löhne der Zigar-

renmacher bei 6 Sorten um 10 S und 2 Sorten um 1 M pro Mille.

**Horn bei Bremen.** Die Firma Joh. Behne mann erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 4 Sorten um 75 S pro Mille. Das bestehende Tarifverhältnis bleibt bestehen.

**Hellingen-Pinneberg und Umgegend.** Die Lohnbewegung ist beendet. Die Firmen H. Vornholz, H. Kröger, S. Pein & Söhne (Hellingen), E. Heiborn (Halstenbeck), W. Flate, E. Flindt, Rich. Jounas, Paasch Ww., W. Sifmann (Pinneberg) erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei Anerkennung eines Minimallohnes von 11 M pro Mille um 50 S und 1 M pro Mille. Die Löhne der Sortierer bei der Firma S. Pein & Söhne wurden bei 13 Sorten Fassons um 10 S pro Mille bei Zehntelpackung und um 20 S pro Mille bei Zwanzigstelpackung und Bierzigstelpackung erhöht und die der Zurichter um 1 und 2 S pro Stunde bei Einlage- und Umblattstreifen.

**Olshenburg.** Die Bewegung bei der Firma Wulfers & Meyer endete mit einem teilweisen Erfolge. Die Firma erklärte sich bereit, den Minimallohn von 8 M auf 9 M pro Mille bei entrippter Einlage zu erhöhen. Die bei dieser Bewegung erzielten Lohnerrhöhungen betragen 50 S und 1 M pro Mille.

**Uetersen (Holstein).** Die eingeleitete Lohnbewegung bei der Firma B. zum Felde Nachf. endete mit einem teilweisen Erfolge. Die Firma bewilligte den Zigarrenmachern Lohnzulagen von 50 S, 1 M und 1,50 M pro Mille. Der Lohn der Zurichter wurde pro Woche um 1 M und der Akkordlohn der Zurichter um 1 S pro Pfund und der Lohn der Zigarrensortierer um 10 S pro Mille erhöht.

**Scharbeck und Umgegend.** Nach wiederholtem Vortelligwerden bewilligten die Firmen Hugo Feist & Comp., H. Gehken, J. Kuhlmann, Gebr. Koelcke, Koelcke & Frizberg, Fr. Schröder & Comp., H. B. Wieß & Comp., J. J. Schich & Nijche Lohnzulagen, mit welchen die Arbeiter sich einverstanden erklärten. Die Firma Hugo Feist & Comp. bewilligte den Zigarrenmachern Lohnzulagen bei 13 Sorten von 25 S bis 3 M pro Mille und den Sortierern bei 2 Sorten 5 S, 10 Sorten 10 S und bei einer Sorte 20 S pro Mille. Der Lohn des sonstigen Arbeiters wurde um 3 M pro Woche erhöht. Die Firma H. Gellen erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 2 Sorten um 50 S pro Mille. Die Firma J. Kuhlmann erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 4 Sorten um 50 S pro Mille. Die Firma Gebr. Koelcke erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 11 Sorten um 50 S bis 1 M pro Mille und die Löhne der Sortierer um 10 S pro Mille bei 25 Sorten und für Bierzigstelpackung um weitere 20 S pro Mille. Für Kistenmageln wurde der Lohn um 25 S erhöht und der Stundenlohn von 40 auf 45 S festgelegt. Die Firma Koelcke & Frizberg erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 50 S und 1 M pro Mille bei 6 Sorten und die Löhne der Sortierer bei 13 Sorten um 5 bis 50 S pro Mille. Außerdem wird für Bierzigstelpackung ein Lohnzuschlag von 50 S pro Mille gezahlt. Die Firma Fr. Schröder & Comp. erhöhte die Löhne der Sortierer bei 9 Sorten um 5 und 10 S pro Mille. Die Firma H. D. Wieß & Comp. erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 4 Sorten um 50 S pro Mille. Die Firma J. J. Schich & Nijche erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher bei 8 Sorten um 25 S bis 2 M pro Mille und die Löhne der Sortierer bei 10 Sorten um 5 bis 20 S pro Mille.

**Rheba i. Westf.** Der Streik ist mit einem annehmbaren Erfolge beendet. Der Minimallohn, der bis jetzt 8 M betrug, wurde auf 8,50 M pro Mille erhöht. Die erungenen Lohnzulagen betragen 25 S bis 1 M pro Mille. Die Decke wird aufgesetzt und die Einlage fertig geliefert.

**Edinghausen i. Westf.** Die Firma Kalkens & Böckels erhöhte nach einer eingeleiteten Lohnbewegung die Löhne der Zigarrenmacher bei 14 Sorten um 50 S, 7 Sorten um 1 M, 3 Sorten um 1,50 M pro Mille.

**Firma i. Sa.** Der Streik bei der Firma F. W. Paged, Jnh. G. Glasholz, ist mit einem Misserfolg beendet. Der Kampf wurde abgebrochen angesichts der vorhandenen Arbeitsmangel und des Umstandes, daß die Firma allwöchentlich 30 Mille Zigarren geliefert erhielt.

**Cottbus (Prov. Brandenburg).** Der Streik bei den Firmen E. A. Bemann, B. Segal, Gebr. Stoh dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Bünde-Emigloh.** Der Streik bei der Firma Carl Wellensied & Comp. dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Calbe a. S.** Der Streik bei der Firma G. Schulze dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Bernburg.** Der Streik bei der Firma H. Koch & Comp. dauert unverändert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Leipzig.** Der Streik der Sortierer bei Apel & Brunner dauert unverändert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Schönlank (Prov. Posen).** Der Streik bei den Firmen Ederdors & Rosenberg, H. Grünbaum, A. Will Söhne dauert unverändert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Frankenhausen a. Rhf.** Der Streik bei der Firma Rabener & Beder dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Pfungstadt.** Der Streik bei der Firma Max Freund in Pfungstadt und Griesheim dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Wintersdorf (S.-M.).** Der Abwehrstreik bei der Firma W. Schlenzig dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

**Stralsburg.** Seit dem 16. September befinden sich die Arbeiter der Eis-Tabakmanufaktur im Streik. Vor Zugang von Zigarettenmachern wird streng gewarnt.

Die Firma Leo & Söhne in Mühlacker in Württemberg sucht fortgesetzt Sortierer und Kisten-

wärter in den Zeitungen. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Stellungungen nicht zu empfehlen sind. Kaum sind die Kollegen dort eingetreten, reifen sie schon wieder ab, weil nichts zu verdienen und die Behandlung auch viel zu wünschen übrig läßt. Weibet Wohlthäter!

### Der Streit der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen bei der Firma H. Kersten, Dröy.

Schon lange arbeiteten die freiorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma H. Kersten eine Aufbesserung ihrer Löhne. Dieser Wunsch war auch sehr berechtigt, wenn man in Betracht zieht, daß Herr Kersten nur Arbeiter von 7,50 bis 10 M pro Wille hat, letztere aber so gut wie gar nicht gemacht werden. Die übergroße Mehrzahl der Arbeiter ist infolgedessen an Arbeitern von 7,50 M. Sie reicheten deshalb Mitte August an die Firma eine 10-15prozentige Lohnforderung ein. Der christliche Verband hat sich den Forderungen unseres Verbandes angeschlossen, lehnte aber ein gemeinsames Vorgehen und Eintreten der Forderungen ab. Aus diesem Grunde wurden die Forderungen dann getrennt eingereicht. Nachdem nun nach Ablauf der Frist Herr Kersten keine zufriedenstellende Zugeständnisse machte, reichten unsere Kollegen und Kolleginnen am 30. August d. J. die Kündigung ein. Bei den Christen hat sich mittlerweile ihre famose Schieds- und Einigungsrichtung mit dieser Angelegenheit befaßt. Sämtliche drei Instanzen lehnten jedoch ab, weitere Zugeständnisse zu machen. Nachdem nun unsere Kollegen und Kolleginnen schon fünf Wochen auf dem Pflaster standen, durften die Christen auch die Arbeit niederlegen. Sie hatten nämlich während des Bezugsbelegungsverfahrens ihre Forderungen zurückgezogen, damit ihre Mitglieder bei H. Kersten aufhören dürften. Der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Cammann, erklärte jedoch in einem Brief an die Gewerkschaft, daß er die Forderungen bei der Firma H. Kersten nicht aufgeben werde. Dieser offensichtlich verräterische sogenannte Gewerkschaftshelben trat auch besonders bei der letzten Verhandlung am 20. Oktober klar zutage. Ueber diesen organisierten Verrat werden wir noch ein besonderes Wortchen sprechen. Da nun die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma H. Kersten nicht Willens waren, die Arbeit ohne annehmbare Zugeständnisse wieder aufzunehmen, wurde sämtlichen freiorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen Dröy am 12. Oktober gekündigt. Einmütig und zwar am 12. Oktober legten sämtliche Gehilfen die Arbeit nieder. Am 29. Oktober d. J. fand nun zwischen beiden Parteien eine Verhandlung statt, an welcher, neben der örtlichen Verwaltung, des Arbeiterausschusses und des Gewerkschafts für Rheinland und Westfalen teilnahmen. Nach eingehender Verhandlung wurden dann von der Firma H. Kersten folgende Zugeständnisse gemacht. Sie erhöhte 20 Sorten um 25 % und 10 Sorten um 50 %. Für Sorten mit besserer Einlage gibt es 50 % mehr. Für Deckblattauflegen gibt es pro Pfund 5 % mehr. Der Grundlohn beträgt nunmehr 7,75 M.

Ist der Sieg auch nur ein teilweiser Erfolg, so muß man dabei in Betracht ziehen, daß die Christen bei dieser Bewegung den schönsten Verrat verübt haben. Weiter muß man bedenken, daß augenblicklich und unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr zu erreichen war. Von großer Wichtigkeit ist noch, daß das zwischen den Christlichen und den R. C. F.-Verband abgeschlossene Schieds- und Einigungsverfahren einer Reform unterzogen wird und dazu von unserer Seite die Generalkommission sowie unser Verbandsvorstand hinzugezogen wird. Maßregelungen dürfen auf keinen Fall vorgenommen werden. Die Mitgliederversammlungen am 29. und 30. Oktober beschäftigten sich sehr eingehend mit diesen Zugeständnissen und wurde dann mit großer Mehrheit, bei geheimer Abstimmung, eine Resolution angenommen, welche besagt, daß unter der gegenwärtigen Situation nicht mehr zu erreichen war. Ebenso wurde beschlossen, die Arbeit am Montag, den 4. November, wieder aufzunehmen.

Außer der Firma H. Kersten hatten auch die Kollegen der Firma Wilsing & Brüdern Forderungen eingereicht. Durch Vorkommnissen des Gewerkschafts und des örtlichen Vorstands zeigte Herr Wilsing insoweit Entgegenkommen, daß er 8 Sorten um 40 % und 3 Sorten um 60 % erhöhte, womit sich die daran beteiligten Kollegen zufrieden geben.

Kollektiven und Kollegen! Somit ist in Dröy die erste Schlacht geschlagen. Ist der Erfolg auch nicht der, wie er von allen Beteiligten gewünscht wurde, so muß man doch die Umstände berücksichtigen. Und wirklich, die gegenwärtigen Verhältnisse waren nicht so, daß wir mehr erreichen konnten, zumal wenn man sich alles vor Augen führt. Der schände, offensichtlich verräter der Christlichen, ein gut organisiertes Unternehmertum, dazu noch die vielen Unorganisierten. Unsere allernächste Aufgabe muß sein, diese Indifferenzen der Organisation zuzuführen. Durch immerwährende Klärung muß es endlich gelingen, dieselben für die Organisation, den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, zu gewinnen. Aber an dieser hochwichtigen Organisations- und Agitationsarbeit muß jeder Kollege und jede Kollegin mithelfen. Als Hilfsmittel hierzu diene unser Fachorgan, der Tabak-Arbeiter. Ausgerüstet mit diesem, muß die Organisationsarbeit geleistet werden.

Deshalb Kollegen und Kolleginnen, ans Werk! Unsere Forderung muß jetzt heißen: einzeln sind wir nichts; vereint sind wir alles! Enden wir unsere Lohnbewegung mit folgendem Kampfesvers:

Nicht betteln, nicht bitten,  
Nur nötig gefritten,  
Die kämpft es sich schließt  
Für Wahrheit, Freiheit und für Recht.

### Die Zigarrenfabrik Paul Juhl, Pautow b. Berlin, und der Deutsche Tabakarbeiter-Verband.

Vor einem Jahre errichtete die Firma Paul Juhl in Ohlau einen Filialbetrieb. Darüber herrschte Freude unter den Ohlauer Tabakarbeitern; stand doch die Firma in dem Ruf, in Berlin mit dem Verbands die Arbeitslöhne tariflich geregelt zu haben, und glaubten deshalb die Ohlauer, einen humanen Arbeitgeber zu kriegen. Glaubten die Ohlauer nun, alle Veranlassung zu haben, die Firma in den Himmel zu heben, so fühlten sie sich bald enttäuscht und wurden gewahr, daß sich Herr Juhl von den anderen hiesigen Fabrikanten auch nicht um ein Jota unterscheidet. In der Zeit, als der Betrieb von Juhl eröffnet wurde, trat die Ausperrung von Georg Deter, die 10 Wochen gedauert hatte, zu Ende. Viele Deterische Kollegen hatten sich schon vorher bei Juhl gemeldet, und wurde ihnen auch erklärt, daß sie eingestellt werden würden. Als es aber soweit war, sagte Herr Juhl, daß ausgesperrte Arbeiter nicht eingestellt würden. Eingestellt wurden mit wenigen Ausnahmen nur solche, die keiner Organisation angehörten. Bald jedoch bereuten sogar viele, bei Juhl in Arbeit getreten zu sein, und zwar, weil es dort um kein Haar besser ist als bei den übrigen hiesigen Firmen, bei denen die Arbeiter wahrhaftig nicht auf Rosen gebettet sind.

Als Herr Juhl gemahnt worden war, daß trotz aller Vorstöße dennoch Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in seinem Betriebe arbeiteten, wurden strenge Maßregeln angeordnet. Kein Zirkular, keine Sammelliste durften die Arbeiter in der Fabrik unter sich herumreichen; das Eingehen der Verbandsbeiträge war vollständig ausgeschlossen. Und wehe der Arbeiterin, die sich als Verbandsmitglied erlaubte, bescheiden einen höheren Lohn für ihre Arbeit zu fordern! Die Entlassung war die Folge. Auch eine Kollegin, die Versammlungseinladungen mit in den Betrieb nahm und dort zirkulieren ließ, wurde entlassen. Der Betriebsrat, der sonst den Arbeitern gegenüber recht vernünftig auftritt, sagte, als er nach dem Grund der Entlassung gefragt wurde: Das kann ich Ihnen nicht sagen, ich habe den Auftrag von Berlin.

Wir in Ohlau wunden uns, daß Herr Paul Juhl in Berlin anscheinend eine andere Stellung einnimmt, da er doch von unserer Ortsverwaltung dort unter den empfehlenswerten Firmen aufgeführt wird. Unter Berücksichtigung der Zustände im Ohlauer Betriebe liegt nach unserer Meinung keine Veranlassung vor, die Firma zu empfehlen. Solange sich die Firma nicht bequemt, auch in Ohlau bessere Zustände herbeizuführen und die Organisation anerkennt, sollte man deren Fabrikate zurückweisen.

### Berichte.

Gildesheim. In der Mitgliederversammlung vom 13. Oktober wurde der Beschluß gefaßt, zu Ehren der Kollegen und Kolleginnen, welche 25 Jahre dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband angehören, ein Fest zu feiern, das gleichzeitig als Stiftungsfest aus Anlaß des 30-jährigen Bestehens unseres Verbandes gefeiert werden soll. Die

Zustelle sind Kollegen Aug. Meyer, Albert Kummel, Ernst Gähle, Ferdinand Gähle, Karl Koch und die Kollegin Viktoria Paulke. Diese haben dem Verbands stets treu gedient, und wünschen wir, daß sie noch recht lange für die Sache der Tabakarbeiter wirken mögen. Wir ersuchen nun die Mitglieder unserer Zahlstelle und der Umgebend, dieses Fest am 17. November abends 8 Uhr im Gemerkschaftshaus samstlich würdig zu feiern.

Neubamm. Mitgliederversammlung vom 28. Oktober. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Vortrag über die gegenwärtige Lage der Tabakarbeiter; 3. Wahl der Ortsverwaltung; 4. Verbandsangelegenheiten. Die Versammlung war bei 37 Mitgliedern nur von 11 Personen besucht. Kollege Kiesel ist trotz allen Versprechens nicht erschienen. Die Abrechnung gibt Kollege Trippensee; ihm wird Entlastung erteilt. Punkt 2 wird von der Tagesordnung des schwachen Besuches wegen abgesetzt. Beim Punkt 3, Wahl der Ortsverwaltung, entspinnt sich eine lebhafteste Debatte, da von den Erschienenen es abgelehnt wird, ein Amt anzunehmen, und die geeigneten Kollegen eben wegen der Wahl fernblieben. Es konnte nur für den gemäßigtesten 3. Bevollmächtigten Bruno Reichel der Kollege Georg Schulz gewählt werden. Beim 4. Punkt gibt Kollege Trippensee das Ergebnis einer Vorstandssitzung bekannt, zu der auch Gauleiter Kiesel auf wenige Stunden erschienen war, und in welcher Stellung zu der erwähnten Maßregelung genommen werden sollte; doch ist man zu einem Resultat nicht gekommen. Ferner verliest der 1. Bevollmächtigte den Briefwechsel zwischen ihm, Gauleiter Kiesel und dem Vorstand betr. Maßregelung des Kollegen Reichel, aus dem hervorgeht, daß Kollege Kiesel sich wiederum durch nichts gerechtfertigte Nachlässigkeiten hat zuschulden kommen lassen. Da Kiesel nicht erschienen ist, wird von einer Aussprache hierüber abgesehen. Inzwischen ist die Maßregelung des Kollegen Reichel vom Vorstand anerkannt und wird demselben auf 4 Wochen Unterstufung bewilligt. Da weiter nichts vorlag, schloß der 1. Bevollmächtigte mit dem Vorjah, nächstens einen Vortrag zu halten über „Sein oder Nichtsein der Zahlstelle Neubamm“, die Versammlung.

### Louis Reupke †.

Kollege Louis Reupke ist am 30. Oktober zu Heli gestorben. Die Tabakarbeiterchaft verliert in ihm einen ihrer besten Streiter. Pflichttreue und Besonnenheit waren seine besonderen Eigenschaften. Daß er etwas galt, zeigt der Umstand, daß die organisierten Tabakarbeiter seines Wirkungsgebietes ihn noch im letzten Frühjahr zur Hamburger Generalversammlung delegierten. Nicht vergessen werden soll seine Tätigkeit als Funktionär unseres Verbandes. Der Todesstern schon im Herzen, trug sich Reupke noch mit der schönen Hoffnung, mehr noch als bisher für unsere Sache zu leisten. Es hat nicht sollen sein, obgleich seine Befähigung das Beste erwarten ließ. Erst dreißig Jahre alt, und schon mußte er fort von uns, dahin, wo es kein Wiedersehen gibt. Wirft weiter leben, toter Freund, in allen Herzen, die Dich kannten!

### Jakob Huber †.

Am 3. November starb in Bremen-Hastedt Kollege Jakob Huber im Alter von 54 Jahren. Mit ihm ist ein alter, braver Kämpfer für die Sache der Tabakarbeiter dahingegangen. Im jugendlichen Alter verließ er seine Heimat Dagersheim; des Lebens Güter haben ihn nicht verschont. Schon in seinen jungen Jahren schloß sich Huber, den der Weg nach Norddeutschland führte, der Arbeiterbewegung an und bereits in der von Frischke geleiteten Tabakarbeiterorganisation fand er im Vordertreffen und damals später hat er manchen Strauß für die Interessen der Tabakarbeiter ausgefochten. Auch rednerisch betätigte sich Kollege Huber, namentlich war er jedoch in der Kleinarbeit, und noch in seiner späteren Krankheit führte ihn sein strenges Pflichtgefühl an die Arbeit, zu wirken für seine gewerkschaftliche und politische Ueberzeugung. Die Bremen-Hastedter Kollegenchaft erkannten den Wert seiner Person und mehrfach wählte sie ihn als ihren Vertreter zu Kongressen. Nun ist auch er, wie so mancher andere, dahingerafft; von der hiesigen Proletarierkrantheit. Die Kollegenchaft wird seiner nicht vergessen.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

# Wir kaufen soeben die Restbestände versteuerter und unverteuerter Tabake = sowie ca. 4000 Formen =

aus der Hills & Oberländerschen Konkursmasse, Breslau.

Die Formen bestehen nur aus modernen Fassons. Wir werden die Tabake sowie Formen in Breslau im November verkaufen. Den Tag geben wir noch an dieser Stelle bekannt, sobald wir die Genehmigung von der Zolldirektion erhalten haben. Interessenten stehen wir gern mit Inventarverzeichnis zu Diensten.

## L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstrasse 24

### Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892. Verzoiltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof. Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantum zu billigsten Esgrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleichschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Vorladung mit amtlichen Zolldok.

Spezialität in Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken.

Nur tadelloß weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den besten Qualitäten.

Kraus Lager in Java, Domingo, Caraca, Brasil, Neada, Havana usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.

Gutachten Proben anerkannter Tabake. Durchschnittspreis für

Deckblatt-Tabake: I. Sortierung per Pfund 3,00 Mk. verz.

von Unibl. u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1,50 Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund 1,30 Mk. verzollt.

Geschliffene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1,10 Mk. verzollt.

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei größeren Pacien Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versand illuri zu geregelter Vorladung.

### Preiswerte Offerte in Rohtabak!

Sumatra-Decker, hell, 2. u. 3. Ränge, 230, 360, 400, mittel hell 190, 210, 230, 240, 260, buntel 190, 270, 4. alle Sorten, -Einlage 165, 180, -Einlage u. -Einlage 135 u. Vorstenland-Decker hell 230, 350, buntel, Groß-Einlage, 200, 210, 220, 230, 4. Java-Einlage 120, 130, 140, 150, 160, 165, -Einlage u. -Einlage 120, 130, 4. teigige Art. Caraca und Domingo-Einlage 125 u. Seedleaf-Einlage 130, 140 u. Mexico-Decker 150, 180, 306 u. Brasil-Decker 210, 220, 250, 300, 350, -Einlage u. -Einlage 120, 130, 140, 150, 160 u. Brasil- u. Havana-Blätter 140 u. Havana-Einlage, -Einlage u. -Decker 220 u. mit tabellierten Brack. Sumatra- u. Java-Blätter 120 u. Losgal 100, 110, orig. losgal 100, 110, 120 u. teig. überzest.

— Versand nur gegen Nachnahme. —

H. Hübemann • Bremen

Rohtabakhandlung

Helmstr. 195. Telefon 2330.

### Roh-Tabak-Versand!

Karl Ramm

Altona (Elbe) b. Hamburg

Kronprinzenplatz 2

Aus meinem reichhaltigen Lager

folgender Sorten Rohtabak zur

Zigarrenfabrikation empfehle be-

sonders:

Sumatra-Decker 180, 200, 225,

230, 250, 300, 320, 330, 350, 360,

370, 400, 450, 500, 600, 650 u.

Sumatra-Einbl. 135, 140, 145, 150,

155, 160, 165, 170 u. Java-

Decker 180, 200, 220, 250, 300,

350 u. Java-Einbl. u. Einl. 110,

115, 120, 125, 130, 140, 150, 160,

170 u. Brasil-Decker 200, 230,

250 u. Brasil-Einbl. u. -Einlage

120, 125, 140, 145, 150, 155, 160,

175 u. Havana-Einbl. u. -Ein-

lage 120, 140, 150, 160, 210, 250,

300 u. Domingo A. 110, F. 120,

FF. 130 u. Cuba 120 u. Losgal

(nur mit teigigen Tabake) 100 u.

keine Nachnahme. — Nur netto

Sell. — Versand unter Nachnahme.

### Offertiere div. hundert Zentner gemischte fertige Zigarreneinlage

von Pfund 95 u. bei Abnahme von 100 Pfund 90. — M. Franto Zufendung. Hochfeine Mischung zu 5 u. 4-Zigarren. III. Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9. Nettetes Rohtabak-Verbandgeschäft der Provinz. — Begr. 1886.

Carl Roland, Berlin SO. 26

Postbusstraße 4. [5] Sumatra-Tabake M. 1,60, 2,50, 3,20, 3,50, 3,80, 4,00, 5,50. Vorstenland-Decker M. 2,70, 3,10, 3,60. Java-Einlage M. 1,20, 1,30, 1,40. Java-Einlage M. 1,75, 1,85. Brasil M. 1,30, 1,50, 1,85. Alle anderen Tabake billigst, reellste Bedienung.

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10] Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von L. Referenzen.

### Drucksachen aller Art

Bremer Buchdrucker- und Verlagsanstalt J. E. Schmalkeldt & Co.

Liegt ein Bettel mit folgenden Worten auf seinem Nagel: „Die Zigarren sind gut, aber Sie müssen weniger machen.“ Wenn hier jemand nach frummer Arbeit 22 bis 24 M verdient, so ist das für Herrn B. zuviel. Zu meiner Zeit waren auch Postbeamte bei der Firma beschäftigt, jetzt in der Fabrik nicht mehr. Jetzt hat die Firma ein Postbeamten, der in der Fabrik aufhören mußte, Hausarbeit. Ich möchte schreien, daß der Postbeamte, der nun ja auch nachts Gelegenheiten dazu hat, noch ebenso Zigarren macht als früher. Als die Postbeamten fort mußten, sagte Herr B.: „Das rote Gesicht will den armen Beamten das Brot wegnehmen, aber zum Trotz will ich ihnen Hausarbeit geben.“ Der Postbeamte, dessen Frau die Hausarbeit hat, hat einen Lohn von über 30 M pro Woche. Das ist für Herrn B. ein armer Mann, während die Zigarrenarbeiter bei 22 M schon zuviel verdienen! Was hat denn Herr B. dabei, daß er so gern Postbeamte beschäftigt? Nur, er kann ihnen im Lohn bieten, was er will, auch braucht er für sie keine Versicherungsbeiträge zu zahlen. Das bringt das Jahr über schon etwas ein. Unter solchen Umständen kann ich es jedem Kollegen nur ans Herz legen, sich zu organisieren; auch hier in Duisburg ist es höchste Zeit!

**Remgo.** Eine der besonderen Bedingungen, welche bei der Verschmelzung den Sortierern aufgefunden worden sind, ist die Befehlshaltung der Arbeitsnachweise. Hier hatten sich die Sortierer einen strengen Arbeitsnachweis geschaffen und die Remgoer sowohl wie auch auswärtige Sortierer haben des öfteren die Vorteile eines guten Arbeitsnachweises bei der Befehlshaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Sortierer wahrnehmen können. Es ist nun aber auch Pflicht aller Sortiererinnen, daß sie ihrem Arbeitsnachweis mehr Beachtung schenken, damit derselbe für die Kollegen auch die Bedeutung wieder erlangt, welche er schon gehabt hat. Auch die auswärtigen Sortierer werden für Remgo darauf aufmerksam gemacht.

**Dahme.** In der am 26. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden zunächst die Abrechnungen vom 25. Oktober, die die Einnahmen und Ausgaben des Quartals zum Kenntnis genommen. Die Einnahme betrug 3518,78 M. Der Kassenbestand hat inkl. Sparkassen Guthaben einen Bestand von 466,84 M. Eine längere, mitunter sehr heftige Debatte entspann sich beim nächsten Punkt der Tagesordnung. Den Vorsitz hatte der Kollege B. Müller, da der Kollege Debnick als 1. Bev. an der Sache persönlich interessiert war, übernommen. Es handelte sich um Geltendmachung von Unterstützungsansprüchen der Kollegen der Firma J. Elze. Solche waren zum größten Teil, nachdem das neue Statut in Kraft trat, in eine höhere Beitragsklasse übergetreten, ließen sich jedoch vom Fabrikarbeiter, nachdem sie in Erfahrung gebracht hatten, daß es auch genügt, wenn sie in der letzten Woche des Juli in eine höhere Klasse übertraten, auch in der höheren Klasse vollberechtigt sind, die bereits gezahlten höheren Beiträge zurückgeben. Durch diese Handlungsweise wurde nun ein Mitglied insofern geschädigt, indem nun der Vertreter in eine höhere Beitragsklasse erst in der ersten Woche des August erfolgte. Bei der nun eintretenden Arbeitslosigkeit, die bei den Kollegen betreffender Firma infolge Umzuges stattfand, verlangte auch das erwähnte Mitglied der höheren Unterstützungsstufe, was der Kollege Debnick jedoch verweigerte. Hierüber erregt, machten verschiedene Kollegen dem 1. Bevollmächtigten den Vorwurf, daß er eine Karte aus dem Mitgliedebuch entwendet und dafür eine der niederen Klasse eingelebt habe. Durch diese Verleumdung fühlte sich Kollege Debnick veranlaßt, sein Amt niederzulegen. Derselbe wurde jedoch, nachdem man den Kollegen, die sich nicht scheuen, derartige Verleumdungen zu verbreiten, das Fell ordentlich gemahlen hatte, einstimmig wiedergewählt. Besonders Bemerkenswert ist beim Punkt Verschiedenes die Handlungsweise des „Arbeiterfreundes“ Herrn Mühlbauer hervor, als bekannt gegeben wurde, daß derselbe sich angeboten hat, Streitarbeit nach Pina zu leisten. Es sei, so wurde angeführt, bebauerlich, daß ein Mann, der sich bei jeder Gelegenheit, sei es im Stadtparlament oder in öffentlicher Versammlung hinsetzt und erklärt, „er sei der größte Arbeiterfreund“ und er habe ein „warmes Herz für die Arbeiter“, und wie die arbeiterfreundlichen Phrasen alle lauten, dazu herbeie, den Arbeitern bei ihrem schweren Kampf um Eringung besserer Arbeitsbedingungen in den Rücken zu fallen. Noch weiter wurde die „Arbeiterfreundlichkeit“ dieses Herrn illustriert durch das Umgehen mit seinen Arbeitern. Da augenblicklich kein Wirtelprosser in seinem Betriebe vorhanden ist, mußte er seinen Arbeitern zu, daß sie sich für 42 M pro Woche die Mittel selbst pressen und lehren sollen. Hierbei ließ er gleich sagen, daß wer es dafür nicht machen wolle, sich seine Papiere holen solle. Warum denn auf einmal den Herrenstandpunkt so hervorkehren, Herr Mühlbauer? Glauben Sie dadurch ihre Arbeiterfreundlichkeit besser dokumentieren zu können? Die Arbeiter selbst aber sollten den freundlichen Worten des Herrn Mühlbauer nicht mehr soviel Glauben schenken, sondern ihn für das ansehen, was er ist.

**Gengenbach.** Mitgliederversammlung vom 26. Oktober. Gau-Letter Durban referierte über Feuerung und Tabakarbeiterlöhne. Redner verstand es, in seinem Vortrage die Lage der Tabakarbeiter zu schildern und zu beweisen, daß nur die tätige Mitwirkung aller Kollegen und Kolleginnen in der Organisation Aenderung schaffen könne. Reicher Beifall lohnte dem Redner. An der Debatte beteiligte sich Kollege Eislerle und weist besonders darauf hin, daß vor allem ein ordentliches Verhalten der Kollegen und Kolleginnen nötig sei; es sei unangebracht, nichtslagende Sachen wegen sich Ausdrücke zu bedienen, die jede Bildung vermissen lassen. Auch solchen Kollegen und Kolleginnen, die dem Verband den Rücken kehren oder Lehren wollen, müsse gesagt werden, daß sie sich selbst den größten Schaden zufügen. Vor allem haben die Mitglieder auch die Statuten zu lesen, damit sie im Unterstützungsfall wissen, ob sie etwas und was sie zu fordern haben. Kürzlich habe ein noch nicht vollberechtigtes Mitglied Wöcherinnenunterstützung beansprucht und als es, weil nicht vollberechtigt, nicht gewährt werden konnte, in der größten Weise auf die Ortsverwaltung geschimpft. Zum Schluss ernannte Kollege Durban noch zum treuen Zusammenhalten.

**Wilschowsverba.** Die am Sonnabend, den 26. Oktober, stattgefundenen Mitgliederversammlung war ziemlich gut besucht. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Kartellbericht; 3. Verschiedenes. Kollege Pilschodt erstattet den Kassenbericht. Es war eine Einnahme von 607,28 M zu verzeichnen. Dem stand eine Ausgabe von 342,80 M gegenüber. 160 M wurden an den Vorstand gezahlt, so daß ein Kassenbestand von 114,48 M verbleibt. Der Kassenbestand der Solalasse beträgt 12,30 M. Der Mitgliederbestand betrug 58, davon 14 weiblich. Betreffs Agitation erwähnt Kollege Pilschodt die Kollegen, die mehr als bisher daran zu beteiligen, denn jedes Mitglied ist verpflichtet, seine Kräfte, so gut wie er es vermag, in den Dienst unserer guten Sache zu stellen. Wenn jeder seine Pflicht tut, so werden wir auch in Wilschowsverba vorwärts kommen. Auf Antrag der Kollegen Fuchs und Ufer wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Pilschodt macht längere Ausführungen über die Mitgliederbewegung in den einzelnen Gaue, über die Kämpfe, Streiks und Ausperserungen, die der Verband im letzten Berichtsjahr zu bestehen hatte. Der Kassierer gibt bekannt, daß der ehemalige Kollege Jakob sich wieder zur Aufnahme gemeldet hat. Diese wird nach längerer Diskussion einstimmig abgelehnt. Zu Punkt 2 gibt Kollege Fuchs den Kartellbericht. Er erwähnt, daß der Stadtrat das Gesetz des Kartells, um unerwünschte Hergebe des Stadtbades, und zwar Sonnabends von 5 bis 8 Uhr, abgelehnt hat mit der Begründung, daß das Bad Sonnabends ohnehin schon überfüllt sei, außerdem würden auch andere Korporationen um Freigabe desselben ersuchen. Am 16. 22. und 29. November finden 3 Vorträge im Hotel „König Albert“ statt; Arbeitersekretär Bud-Dresden wird über die Reichsversicherungsordnung sprechen. Da unter der Arbeiterschaft leider noch viel Schundliteratur gelesen wird, sei darauf hingewiesen, daß in unserer Gewerkschaftsbibliothek, Kammerstraße 25, wirklich gute und interessante Bücher zu entleihen sind. Bei Punkt Verschiedenes beantragt Kollege Pilschodt, dem Kartelldelegierten statt 30 M 50 M zu bewilligen; dem wird zugestimmt. Kollege Seifert erwähnt die Kollegen der Firma Ernst Lange & Söhne, die sich bisher um die Organisation zu kümmern, denn die Firma läßt immer mehr Zigarren in ihren Filialbetrieben herstellen.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Wilschowsverba.** Von Verbandswegen ist ein derartiges Buch noch nicht herausgegeben. Zu empfehlen ist aber: Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie. Von

Walter Feilich, Verlag: Dunter & Humblot, Leipzig. Für die sozialistengesetzliche Zeit kommt auch noch in Frage: Die älteste deutsche Gewerkschaft: die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes. Von Dr. Franz Kläh. Verlag: Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe. Beides kann in allen Buchhandlungen bestellt werden.

## Verbandsteil.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Wels, Einschreib- und Versendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg. Postcheckkonto Nr. 3340 beim Postbeamten in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Kleinert, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

## Bekanntmachungen.

Zur Beachtung!

Bei der Arbeitslosenunterstützung kommen immer noch viele Irrtümer vor. Viele Bevollmächtigte scheinen noch der Ansicht zu sein, die Arbeitslosenunterstützung für die Sonntage berechnen zu müssen. Das ist falsch; Arbeitslosenunterstützung darf nur für die Wochentage berechnet und ausbezahlt werden. Sonntage sind ausdrücklich davon ausgeschlossen.

Des Weiteren. An auf Wandererschaft befindliche und nur mit Wanderkarte versehenen Mitglieder darf höchstens nur für drei Tage Unterstützung auf einmal ausbezahlt werden.

Als verloren gemeldet wurde: das Mitgliedebuch S. II. Nr. 41 887, lautend auf Selma Wehste, Zigarrenarbeiterin, geb. am 6. September 1890 in Dresden, eingetragen am 10. Februar 1912.

Ausgeschlossen nach § 15 des Statuts, Nr. 2, wegen Schädigung der Verbandsinteressen (Arbeitslosigkeit) wurde Magdalene Große aus Altona, Buchhalterin in Pfungstadt, aufgen. am 16. Oktober 1911.

Ohne Abmeldung abgereicht: von Böhmert Theodor Leopold aus Ehrbus; aufgen. 1. Juni 1912.

## An die Bevollmächtigten!

Das neue Adressverzeichnis ist fertig und liegen der heutigen Sendung des Tabakarbeiter einige Exemplare davon bei. Ein Exemplar ist für die Verwaltung bestimmt, während die anderen auf die auf die Wandererschaft sich beziehenden Kollegen verabsichtigt werden können. Wenn für diesen Zweck noch Exemplare benötigt werden, dann sind diese extra zu bestellen.

Abrechnungen für das 3. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 20. Oktober bis 4. November:

- Gau Hamburg: Krostod, Bergedorf, Delmenhorst, Harburg, Lauenburg.
- Gau Braunschweig: Helmshausen, Uslar, Münchhof, Reudorf.
- Gau Herford: Eilschhausen, Lage, Berlich, Dünne, Holfen, Habbenhäusen, Löhne, Kirchlangern, Burgsteinfurt, Hest.-Oldendorf.
- Gau Köln: Vöchem, Kreuznach, Oberhausen.
- Gau Frankfurt a. M.: Bad-Drb.
- Gau Offenbach: Lahrb.
- Gau Karlsruhe: Lauffen, Schöndach, Juffenhäusen, Schoendorf.
- Gau Erfurt: Weiskopf, Apolda, Pölsig, Coburg, Merseburg.
- Gau Dresden: Tannenbergl.
- Gau Breslau: Friedl, Kattow, Glas, Langenbielau, Rastadt, Sprottau, Zitz, Legnitz.
- Gau Berlin: Sommerfeld, Lübben, Schwiebus, Jossen, Driesen, Zehdenick, Sorau, Pajewall.
- Gau Gding: Jastrow, Gding.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 4. November die Abrechnungen noch nicht eingekandt:

1. Gau: Bremerhaven, Dassow, Habersleben, Parchim, Begeles, Lüthchen.
2. Gau: Vöhringen.
3. Gau: Bielefeld, Niederbeckfen, Bentorf, Hiddenhäusen, Wallenheid, Jienstädt, Dagen, Hl.-Widen, Saljusien, Spenge, Ost-Klöber, St. Quernheim, Schwenningdorf, Bultedt.
4. Gau: Crisfeld, Dortmund.
5. Gau: Jentzen.
6. Gau: Straßburg, Ketzlingen, Juntdewer.
7. Gau: München.
8. Gau: Kreuzburg, Greiz.
9. Gau: Or.-Schönau.
10. Gau: Görlitz, Wanzen, Miloslaw, Strehlen.
11. Gau: Belgig, Chütrin, Landsberg, Ludau, Rauhen, Neuruppin, Bellen, Sentzenberg, Buzterhausen.
12. Die Mitglieder und besonders die Gauleiter wollen darauf achten, daß die Einfindung der Abrechnungen in den nächsten Tagen erfolgt, und daß in Zukunft die Einfindung pünktlicher geschieht.

## Vom Vorstande sind ernannt:

Jossen: Otto Korckert, Emil Lange, Kontr.  
Apolda: Fritz Harum, Kontr.  
Uslar: Karl Böger 1., Karl Schwarz 2. Bev.  
Oederan: Franz Karl 2. Bev.  
Peterswaldbau: Heinrich Kose 1. Bev.

## Adressänderungen.

Uslar: 1. Bev. Karl Böger, Kreuzstr. 90; 2. Bev. Karl Schwarz, Kreuzstr. 104. Alle Aufschriften sind an den 1. Bev. zu senden.  
Oederan: Der 2. Bev. Franz Karl wohnt Heinrichstr. 174 c.  
Peterswaldbau: Der 1. Bev. Heinrich Kose wohnt Nieder-Peterswaldbau Nr. 340. Alle Aufschriften sind an diesen zu richten.  
Berlin: Das Verbandsbureau und Arbeitsnachweis befindet sich ab 1. November: Dragonerstr. 6 a, II.

## Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.  
Oederan: K.-U. bei Franz Karl, Heinrichstr. 174 c, Sonnabends von 6 bis 7 Uhr abends.  
Waldheim. Das Verbandsbureau, Harteistr. 9, ist geöffnet von 11 bis 1 1/2 Uhr mittags, Sonnabends von 9 Uhr morgens bis 1 1/2 Uhr nachmittags. Die Mitglieder werden ersucht, dieses zu beachten und in der angegebenen Zeit alle Verbandsangelegenheiten zu erledigen.

## Arbeitsnachweis.

In Stuttgart wird für eine Zigarrenfabrik eine Packerin zum sofortigen Eintritt gesucht. Zu melden beim Arbeitsnachweis Nr. Heiling, Karlsruhe, Werberstr. 95, pt.  
Waldheim i. Sa.: Der Arbeitsnachweis für die Sortierer und Bekleber befindet sich bei Herrn Segura. Das Bureau Harteistr. 9 ist geöffnet von vorm. 11 Uhr bis nachm. 1/2 Uhr, Sonnabends von vorm. 9 Uhr bis nachm. 1/2 Uhr. In diesen Stunden werden alle Verbandsangelegenheiten erledigt und ersuchen wir die Mitglieder, dies zu beachten.  
Durg. Magdeburg: Den fremden, zureichenden Kollegen ist nur insafert das Umgehauen gestattet, wenn die Verwaltung die Genehmigung erteilt. Betreffs der am Orte befindlichen arbeitslosen Arbeiterinnen ist gleichfalls alles selbständige Umfragen nach Arbeit bei den Fabrikanten unterlag.

Die Ortsverwaltung.

Vom 20. Oktober bis 4. November 1912 sind folgende Verbandsmitglieder gestorben: B. = Verbandsbeiträge, G. = Extrabeiträge.

- 26. Oktober: Juffenhäusen B. 200.—, 26. Oktober: Ronneburg B. 100.—, Döbeln B. 100.—, Nauenhof B. 100.—, Mühlhauen i. Th. B. 100.—, G. 10.26, P. 2.50, Verlln B. 800.—, Schwelcheln B. 80.—, 27. Oktober: Langenbielau B. 100.—, Gausen B. 50.—, 28. Oktober: Guben B. 150.—, Berglitten B. 100.—, Glasheim B. 30.—, Helmshausen B. 168.86, Werlich i. B. B. 300.—, Osterode B. 100.—, Decklinghausen B. 150.—, Oldenburg B. 50.—, G. 3.—, Leudern B. 30.—, Gänern B. 60.—, Schwewe B. 400.—, Nauen B. 135.—, Grevesmühlen B. 15.—, G. 5.50, Ruffloch B. 80.—, 29. Oktober: Neuhaus B. 80.—, Coburg B. 40.—, Jastrow B. 300.—, Schweidnitz B. 50.—, Nordhausen B. 1000.—, Wabbenhausen B. 150.—, Tannenbergl. B. 200.—, 30. Oktober: Eilschhausen B. 150.—, Storkow B. 30.—, 31. Oktober: Kirchlangern B. 300.—, G. 11.75, Sanft Annen G. 12.—, Münchhof B. 350.—, Großhartmannsdorf B. 10.—, durch B. Schubert-Eppenborf. 1. November: Mennighüffen B. 200.—, Burgsteinfurt B. 243.50, G. 6.50, 3. November: Langwedel B. 18.—

Bremen, den 4. November 1912. W. Nieder-Welland.

## Mitglieder-Versammlungen.

Wer in dieser ersten Zeit die Versammlungen versäumt, schädigt sich und die ganze Tabakarbeiter-Gesellschaft!

Sonnabend, den 9. November:

Gödrumstein: Ab. 8 1/2, b. Jean Lubo. L.-D. wird bekannt gegeben.  
Rehme: Ab. 9, l. Köhler. L.-D.: Wahl der Krankenkassenvertreter, Allgem. Aussprache zur Zentralisation der Ortskrankenkassen Dejnhausen.

Saßungen: Ab. 10, b. Karl Fuhr. L.-D. wird bekannt gegeben.  
Sonntag, den 10. November:

Wate i. L.: Nachm. 1 1/2, b. Feinbecher. L.-D. wird bekannt gegeben.  
Gdn.: Nachm. 3 1/2, Volkshaus. L.-D.: Aufnahme und Zahlung der Beiträge; Abrechnung; Ergänzungswahl d. Ortsverwaltung; der Kampf um Niedererhein und der Verrat der „christlichen“ Zeitung; örtliche Angelegenheiten. Unorganisierte sind hierdurch eingeladen!

Herrnhäusen: Nachm. 2 1/2, b. Walle. L.-D. wird bekannt gegeben.  
Lünde: Nachm. 3, b. Schröder. L.-D. wird bekannt gegeben.  
Herford: Morg. 10, Gewerkschaftshaus.

Mennighüffen: Nachm. 4, b. Fritz Lübbing, Beiebruch. L.-D. w. b. g.  
Sonnabend, den 16. November:

Altenburg: Ab. 8 1/2, Gewerkschaftshaus. Wichtige L.-D.! Vortrag.  
Sonntag, den 17. November:

Neudorf: In der „Krone“.  
Eger: Nachm. 4, b. Nicemann. Ref. Gauleiter Schlichter.  
Dienstag, den 19. November:

Muselwitz: L.-D. wird bekannt gegeben.

## Zur Notiz für die Sortierer-Kollegen!

Mit der Vereinigung des Sortiererverbandes mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist selbstverständlich das frühere Statut des Sortiererverbandes außer Wirksamkeit gesetzt und gilt nur das Statut des Tabakarbeiter-Verbandes, wie es auf der gemeinschaftlichen Generalversammlung in Hamburg beschlossen ist. Trotzdem können einzelne Sortierer sich noch nicht daran finden, und glauben noch immer, nach dem früheren Statut handeln zu können. Dies gilt namentlich von den einzeln zahlenden Kollegen, die am Orte, wo sie arbeiten, keine Zahlstelle des Verbandes haben. Diese Mitglieder haben sich bei dem Gauleiter des Gaues, in welchem sie wohnen, zu melden und auch dort ihre Beiträge zu entrichten. Ebenso müssen sie sich in allen sonstigen Fällen, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit ufm., sowie bei Arbeitsvermittlung und vor Annahme einer Stellung auf Grund von Zeitungsangeboten, an die Gauleiter wenden. Bevor vom Gauleiter keine Bestätigung vorliegt, darf die in Frage kommenden Mitglieder nicht freiwillig die Arbeit aufgeben und die neue Stellung auf ordnungsmäßigem Wege erhalten haben, kann weder Reise- noch Umzugsgeld bezahlt werden. Wer freiwillig die Arbeit aufgibt, darf nur für drei Tage die Arbeitslosenunterstützung erhalten und muß sich dann, mit Wanderkarte versehen, auf die Wandererschaft begeben. Diese Bestimmungen gelten auch für diejenigen Mitglieder, die in den Zahlstellen selbst wohnen, nur daß dort die Ortsverwaltung die Funktionen des Gauleiters übernimmt.

## Wahung! Tabakarbeiter Berlin! Wahung!

Am Sonntag, den 17. November 1912, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr findet die

## Gewerbeberichts-Wahl

statt. Da diese Wahl eine Verhältniswahl ist, also jede einzelne Stimme in die Waagschale fällt, ist es Pflicht, daß alle dazu berechtigten Tabakarbeiter ihr Wahlrecht ausüben. Um hierüber eine Kontrolle zu haben, werden von der Berliner Gewerkschaftskommission an jedem sich beteiligenden Wähler Marken am Wahllokal ausgegeben, welche als Bestätigung gültig und im Mitgliedebuche einzulösen ist.

Wahlberechtigt ist jeder Angehörige des Deutschen Reiches, welcher das 25. Lebensjahr vollendet hat, in Berlin wohnt oder arbeitet und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist.

In Berlin arbeitende Wähler haben sich von ihrem Arbeitgeber hierzu eine Bestätigung und Arbeitsloose von ihrem Postzeirevier eine solche ausstellen zu lassen, nur wer im Besitze solcher Legitimation ist, hat Wahlrecht. Gedruckte Formulare dazu sind im Bureau zu haben.

Wir Tabakarbeiter wählen die von der Berliner Gewerkschaftskommission aufgestellten Kandidaten; Stimmzettel, von dieser herausgegeben, sind an jedem Wahllokal erhältlich. Die Wahl ist geheim. In welchem Wahllokal jeder Wähler zu wählen hat, ist aus den Veröffentlichungen im „Vorwärts“ zu ersehen. Wir bitten, keinerlei Aenderungen an den Stimmzetteln vorzunehmen, da selbige sonst als ungültig erklärt werden.

Die Kollegen und namentlich die Vertrauenspersonen ersuchen wir, obiges auf den Wählern bekannt zu machen.

Kein berechtigter Wähler aus den Kreisen der Tabakarbeiter, Sortierer und Zigarrenmacher darf fehlen!

Die Ortsverwaltung.

## Gestorben:

- Am 25. Oktober zu Altenburg Friedrich Weimann aus Baumgarten, 51 Jahre alt.
- Am 30. Oktober zu Zeitz Louis Reupke aus Wolfenbüttel, 80 Jahre alt.
- Am 3. November zu Bremen Jakob Guder aus Dggersheim, 54 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.  
Ausgang: D. Sibow, Brandenburg a. S., Steinstraße 29.  
Schiedsgericht: G. Feiß, Hamburg 89, Schwefelstraße 64 II.

Eingegangen: Ballenar M. 87.—, Halle i. B. 40.—, Osnabrück 50.—, Breg 40.—, Halbau 50.—, Stuttgart 50.—, Göttingen 50.—, Sterbekasse: Rothenburgsort M. 38.15, Halle a. S. 27.40, Halle i. B. 4.50, Ballenar 18.—, Würzburg 31.28, Ansbach 8.06, Heiligenstadt 15.50, Oppeln 26.70, Ohlau 121.98, Schmolln 9.46, Breg 10.35, Osterode 29.70, Sahlengern 22.—, Halberstadt 10.—, Halbau 6.15, Zellwonn 98.08, Götzig 63.30, Stuttgart 15.41, Breslau 72.45, München 21.75, Freiberg 28.06, Hamburg 200.—, Altona 117.01.

Zuführte: Gog. M. 50.—, Ohlau 121.98, Offenbach 17.—, Karlsruhe 25.—, Breslau 172.45, Delfisch 60.—, München 31.75, Sahlengern 22.80, Ansbach 8.06.  
Kranken- und Sterbekasse: M. 98.88.

Hamburg, den 4. November 1912. P. Ott.

